

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.13)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Boldrini, Montefiori, Frasnelli, Viola und Durnwalder. Ich bitte um Verlesung der Mitteilungen.

DENICOLO': Am 9. Februar 1998 haben die Regionalratsabgeordneten Pinter, De Stefani und Gasperotti den Beschlußantrag Nr. 203 betreffend das Seilbahnunglück am Cermis in Cavalese im Fleimstal eingebracht.

Anläßlich dieser Tragödie hat der Präsident des Regionalrates der Region Apulien dem Präsidenten des Regionalrates ein Beileidtelegramm übermittelt.

Mit Schreiben vom 9. Februar 1998 hat der Regierungskommissär den Gesetzesentwurf Nr. 84: Authentische Auslegung des Begriffes „Dienst“, des Begriffes „Entschädigung“ und der Ordnungsbestimmungen zur Festlegung der Entschädigung für Feuerwehrleute gemäß Artikel 33 Absatz 1 Buchst. b) des Regionalgesetzes vom 20. August 1954, Nr. 24 sowie Änderungen zum Regionalgesetz vom 2. September 1978, Nr. 17 mit dem Sichtvermerk versehen zurückgesandt.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 382, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Einführung von Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Transparenz und des Zugangs zu den Verwaltungsunterlagen der Gemeinden Trentino-Südtirols;

die Anfrage Nr. 383, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi, betreffend die Auszahlung einer Regionalzulage an das Personal des Rechnungshofes von Trient und Bozen;

die Anfrage Nr. 384, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Benedetti, betreffend die Beibehaltung des Sitzes des Bezirksgerichts von Riva del Garda;

die Anfrage Nr. 385, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi, betreffend die Finanzierung von seiten der Region für den Ankauf des Gebäudes der Sägerei/Mühle in Roveda in der Gemeinde Gereut (Frassilongo);

die Anfrage Nr. 386, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Delladio und Morandini: „3. Februar 1998, 15.12 Uhr: Die Tragödie am Cermis“;

die Anfrage Nr. 387, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori betreffend einen Arbeitsauftrag für die Informatisierung von Eintragungen ins Grundbuch, welchen die Region einer Firma in Bologna erteilt haben soll.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

die Anfrage Nr. 167, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Holzmann und Taverna, betreffend die Vergabe von Instandhaltungsarbeiten an deutsche Firmen durch die Brennerautobahn AG;

die Anfrage Nr. 350, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco: Wie war doch mein Stadtviertel einst ruhig! Wann wird die Brennerautobahn die Lärmschutzwände bei Piedicastello errichten?;

die Anfrage Nr. 355, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Unterbringung von Regionalämtern im Gebäude der ehemaligen San Paolo Bank in Bozen;

die Anfrage Nr. 368, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Rückgabe der Dokumentensammlung von Senator Tolomei über die Toponomastik in Südtirol von seiten Österreichs;

die Anfrage Nr. 369, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend den Zusammenbruch des Verkehrs auf der Brennerautobahn infolge von Arbeiten;

die Anfrage Nr. 379, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die Übermittlung von Grundbuchsakten an deutschsprachige Bürger, die ausschließlich in italienischer Sprache abgefaßt worden waren.

Der Text der Anfragen Nr. 167, 350, 355, 368, 369, 379 und die entsprechenden schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten sich von ihren Sitzen zu erheben.

Zum zweiten Mal hat das Schicksal am Cermis im Fassatal grausam zugeschlagen. Am vergangenen Dienstag, den 3. Februar 1998, hat ein US-Militärflugzeug bei einem Tiefflug das Trageil der Cermis-Seilbahn durchtrennt und eine mit 20 Menschen besetzte Gondel in die Tiefe gerissen. Der Liftmaschinist aus Cavalese, zwei Brixner Urlauberinnen sowie 17 Touristen aus Österreich, Deutschland, Polen, Belgien und den Niederlanden fanden dabei den Tod.

Im Namen des Regionalrats von Trentino-Südtirol und im Namen der Bevölkerung, die ich die Ehre habe zu vertreten, möchte ich als Präsident den Familienangehörigen der Seilbahnopfer von Cermis unser tiefes Beileid ausdrücken. Der Regionalrat ist bestürzt und betroffen über diese schreckliche Tragödie, die

voraussehbar war und die man deshalb hätte verhindern können. Wiederholte Proteste der Bevölkerung gegen die häufig tieffliegenden amerikanischen Militärflugzeuge in der Gegend von Cavalese sind bei den zuständigen Regierungsstellen ungehört verhallt.

Ich darf hinzufügen, daß ich bereits in einem Schreiben an Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro sowie an den Trentiner Landeshauptmann Carlo Andreotti und an den Trentiner Landtagspräsidenten Marco Giordani die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert habe, die den Unglücksfall restlos aufklären und die Schuldigen ausfindig machen soll.

Den Familienangehörigen der Opfer sowie der Bevölkerung von Cavalese gilt unser tiefes Mitgefühl.

Ich bitte Sie, sich für eine Gedenkminute im Stillen zu verhalten.

(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)

PRÄSIDENT: Danke. Ich darf immer noch als Erklärung des Präsidenten eine Erklärung verlesen, die die meisten Fraktionssprecher unterschrieben haben und die ich nicht als Beschlußantrag, sondern die ich als Erklärung des Präsidenten und Fraktionssprecher zur Abstimmung bringen darf. Sie wurde von den Abgeordneten Pinter, De Stefani, Gasperotti, Dalbosco, Atz, Denicolò, Conci-Vicini, Zendron, Tarfusser, Fedel, Delladio, Benedikter, Muraro, Chiodi, Palermo, Divina, Binelli und Willeit vorgelegt.

Am 3. Februar 1998 wurde die Bevölkerung der Region von einer Tragödie erschüttert, die erneut die Seilbahn von Cermis in Cavalese im Fleimstal betraf.

Es war eine Tragödie, die von einem Militärflugzeug der Vereinigten Staaten verursacht worden ist, welches das Tal im Tiefflug überquert und das Tragseil der Seilbahn von Cermis durchtrennt hatte.

Der Regionalrat der autonomen Region Trentino-Südtirol

- **drückt** den Angehörigen der Opfer des Seilbahnunglücks von Cermis sein Mitgefühl aus;
- **verleiht** seiner Bestürzung und seinem Schmerz über eine Tragödie Ausdruck, die vorhersehbar war und die somit hätte vermieden werden können;
- **fühlt sich** von der Präpotenz und der Gleichgültigkeit **verletzt**, welche das Verhalten der Militärflugzeuge kennzeichnen, die unser Gebiet ohne Rücksicht auf die Interessen der dort lebenden Bevölkerung überfliegen;
- **fühlt sich gedemütigt**, daß die Beunruhigung, die wiederholt von den örtlichen Gemeinschaften an den Tag gebracht worden ist, von der Italienischen Regierung und den verbündeten Streitkräften nicht ernst genommen wurde;
- **verlangt**, daß die Verantwortlichen ausfindig gemacht werden und daß nicht auf das Militärgeheimnis zurückgegriffen werde und daß den Opfern Gerechtigkeit widerfährt und die Familien und die örtliche Gemeinschaft entschädigt werden;
- **verlangt**, daß die italienische Regierung allen auf dem Staatsgebiet stationierten Streitkräften Tiefflüge und das Überfliegen von Wohnzentren verbietet;

- **fordert** das Recht **ein**, daß die Sicherheitspolitik nicht auf dem Rücken der örtlichen Gemeinschaften und ihrer Institutionen ausgetragen werde.

Ich habe mir diese Erklärung der Fraktionssprecher zu eigen gemacht und bringe sie damit als Erklärung der Fraktionssprecher und des Präsidenten des Regionalrates zur Abstimmung, um damit dem Antrag auch entsprechende Kraft zu verleihen.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Ich danke Ihnen. Damit ist dieses Dokument, das den Regierungsstellen in Rom und allen betroffenen Behörden, auch den Amerikanern zugestellt wird, vom Regionalrat einstimmig genehmigt.

Damit komme ich zurück zum Punkt 1 der Tagesordnung: **Gesetzentwurf Nr. 63: Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen betreffen Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge und Sozialversicherung sowie neue Maßnahmen in diesem Sachbereich (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Saurer, Kasslatte-Mur, Achmüller, Denicolò und Frasnelli)**

Wie Sie wissen, befinden wir uns in Behandlung des sogenannten Familienpaketes und setzen dort die Artikeldebatte fort.

Wir behandeln heute dieses Gesetz und sind morgen und übermorgen hingegen in außerordentlicher Sitzung einberufen, um über die Wahlgesetze, die Delegierungen und die Gemeindeordnung zu diskutieren. Das sind die Punkte, die auf die außerordentliche Tagesordnung gesetzt worden sind. Ich habe nach Konsultierung des Präsidiums die Einberufung in dieser Form vorgenommen, nämlich daß heute eben die ordentliche Sitzung weitergeht und morgen und übermorgen die außerordentliche Sitzung stattfindet und behalte mir vor, diese Parallelität auch für die Zukunft zu erhalten, weil damit ein Gleichgewicht geschaffen wird zwischen den ordentlichen Arbeiten und der Dringlichkeit und der Außerordentlichkeit, die durch die Sondereinberufung aufgrund des Artikels 34 des Autonomiestatutes gegeben ist.

Wir sind jetzt beim Änderungsantrag des Abgeordneten Pinter Nr. 9103. Wir behandeln diesen aber nachher, weil der Antrag des Abgeordneten Romano weitergehend ist und damit diesen absorbieren würde. Wir setzen momentan diesen Antrag Nr. 9103 aus und kommen zur Nr. 10815 des Abgeordneten Romano.

Proposta di subemendamento all'articolo 1, lettera c):
Il comma 2 dell'articolo 10 è soppresso.

Änderung des Änderungsantrages zum Artikel 1 Buchstabe c)
Im Artikel 10 wird der Absatz 2 aufgehoben.

Wer meldet sich dazu zu Wort? Assessor Romano, prego.

ROMANO: Solamente per spiegare, perché mi sembra un emendamento importante, che vorrei sottoporre all'aula. Abbiamo modificato, assieme ai colleghi Saurer e Morandini, l'impostazione della forma assicurativa dell'assegno di natalità e di cura, non più un sussidio, quindi con un'iscrizione al momento in cui già è previsto l'evento, ma un'assicurazione per un certo periodo, abbiamo messo un anno, quindi quando l'evento non si è verificato, proprio per dare a questa proposta una forma assicurativa.

Si era posto il problema, ho sentito gli interventi della maggior parte dei colleghi, i quali hanno detto: sì, però viene un po' stravolta la forma assicurativa dal fatto che non deve più contribuire per quindici anni, può ritirarsi in qualsiasi momento, quindi viene un po' stravolta la forma assicurativa.

Inizialmente avevamo previsto, anche con il consenso degli altri, una possibilità di aderire all'assicurazione anche quando l'evento fosse sicuro, cioè quando uno si iscrivesse in un tempo inferiore ai dodici mesi, quindi a 6, 7, 8 mesi dall'evento. Ripensandoci, e qui è un problema che sottopongo chiaramente all'aula, con il collega Saurer anche, ci è sembrato che il comma 2 stravolgesse un po' il principio previdenziale dell'assicurazione, cioè se uno si iscrive all'assicurazione dodici mesi prima, quando non sa se l'evento arriverà, va bene, c'è l'anzianità e siamo d'accordo, può darsi però che una persona si iscriva quando già è in attesa dell'evento, concediamo lo stesso la prestazione anche se l'evento è sicuro? Una delle proposte era quella di concederla, però dimezzata, pagando chiaramente la contribuzione.

Volevo sottoporre all'aula questo mio emendamento, che abroga la possibilità di iscriversi quando si è già in attesa dell'evento, in modo da rendere l'assegno di maternità un fatto meramente previdenziale.

Capisco che ci possono essere dei problemi, mi riferisco al collega Morandini che ha sostenuto molto questo comma 2, perché possono esserci dei casi in cui uno si iscrive quando è già in attesa dell'evento, però davanti alla natura previdenziale di questo intervento, questa mezza misura non la ammetterei, o si è iscritti e si ha diritto all'assegno di maternità o non si è iscritti dall'anno e non si ha diritto all'assegno di maternità, però è un problema che sottopongo all'attenzione dell'aula.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe jetzt gesucht noch und noch und habe aber unter meinen Unterlagen, die ich da habe, diesen Abänderungsantrag nicht gefunden; ich glaube schon das Recht zu haben zu wissen um was es geht. Wir haben hier eine Menge Abänderungsanträge...

PRÄSIDENT: Wir haben wirklich alles doppelt vorbereitet und heute erneut, damit Sie alle eine neue Sammlung bekommen, in der Reihenfolge der vorgelegten Abänderungsanträge angefertigt. Sie haben sie jetzt noch einmal in die Hand gedrückt bekommen, aber sie war vorher schon verteilt worden. Sie wurde schon vorher verteilt. Es tut mir leid, falls es ein Mißverständnis war. Protokollnummer 10815 ist eine Änderung vom Abgeordneten Romano zum Hauptantrag von Assessor Romano.

Ich weiß nicht, will der Abgeordnete Romano noch einmal eine Erläuterung abgeben?

Abgeordneter Morandini, Sie haben das Wort. Bitte.

MORANDINI: Grazie Presidente. Per dir subito la contrarietà decisa a questo tipo di emendamento, mi spiego Presidente. Durante il confronto avuto con la Giunta, unitamente al collega Saurer, come i due proponenti dei disegni di legge, il collega Saurer per la sua parte e noi per la nostra, ci si era soffermati a lungo su questa norma, perché di fatto questa norma, e mi pare venga ripresa identica per quanto concerne l'erogazione dell'assegno di cura, prevede che, allorquando l'evento non sia previsto e qui è il caso classico della maternità che sovente succede, non ci si faccia carico, in base a questa legge, dell'evento stesso.

Assessore Romano, ricordo che ad un certo punto si è arrivati ad un accordo su questo tema, che lei con questo emendamento viene di fatto a disattendere, perché con la motivazione di voler mantenere o garantire un carattere previdenziale alla norma, di fatto non si vengono a coprire gli eventi di questo tipo non previsti. Mi spiego. Prima di tutto lei sa che la norma attualmente in vigore si faceva carico, perché la logica per cui le motivazioni che avevano sorretto la norma erano quelle, mi ricordo benissimo, proprio quella di farsi carico di situazioni, di gravidanze inattese o indesiderate, di fronte alle quali evidentemente tante volte le stesse interessate non riescono ad ovviare.

Allora si rischia con la motivazione di voler dare natura previdenziale all'intervento, che comunque poco o tanto diversamente lo Stato non avrebbe vistato e lei sa bene, assessore Romano, che è molto labile il confine fra l'assistenziale ed il previdenziale, sempre di più oggi di fronte alle nuove frontiere della previdenza, allora con la motivazione di voler garantire un carattere previdenziale a queste norme, lei con questo emendamento toglie la possibilità di far fronte alle situazioni di maggiore bisogno, che sono quelle di gravidanze impreviste, che sovente capitano, in modo particolare nei confronti delle minorenni, ma non soltanto.

Allora per questa ragione le chiedo di ripensare, di ritirare questa norma, perché in questo modo viene a violare non soltanto la ratio principale che aveva motivato la formulazione dell'articolo oggi in vigore, ma di fatto anche la ragione di fondo di questo istituto, che certamente anche per coloro, che sono in grado di poter prevedere delle gravidanze, ma tanto più lo è nei confronti di quelle donne che si trovano una gravidanza non prevista e che diversamente vengono in questo modo penalizzate.

Lo stesso ragionamento mi pare che si potrebbe fare, ma lo faremo a tempo debito per l'assegno di cura, perché se non ho capito male lei ha formulato identico emendamento per quello, ma torneremo a quel punto su quella sede.

Quindi faccio una proposta chiara alla Giunta, che è quella di ritirare, proprio per evitare discriminazioni forti su questo versante, tante volte si scatenano in questo modo le guerre fra i cosiddetti poveri, cioè fra coloro che sono più in grado di prevedere questo tipo di eventi e quindi si penalizza in questo modo la maternità, assessore Romano, si discriminano e coloro che invece non sono in grado.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Morandini. Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Klotz. Bitte.

KLOTZ: In diesem Artikel 10 sind also die Voraussetzungen festgeschrieben unter welchen die Frauen das Geburtsgeld bekommen. Im ersten Absatz des Antrages, den wir hier zu behandeln haben, sind die Voraussetzungen gemäß Artikel 3 ausgeführt, falls die Antragstellerinnen am Tag der Geburt zumindest ein Versicherungs- und Beitragsjahr nachweisen können. Das ist also die Voraussetzung. Im zweiten Absatz wäre gestanden, falls die Voraussetzungen der unter Absatz 1 angeführten Versicherung und Beitragszahlung nicht erfüllt wird, wird das Geburtsgeld um die Hälfte verringert, immer voraussetzt, daß die Antragstellerin eingetragen ist und die Beitragszahlung am Tag der Geburt ordnungsgemäß vorgenommen hat.

Durch die Streichung wird also diese Möglichkeit jetzt fallen gelassen. Es hat sich sicherlich um eine großzügige Regelung gehandelt, denn immerhin wäre noch die Hälfte des vorgesehenen Betrages ausbezahlt worden. Der Gesamtbetrag ist 4.370.000.-Lire, also hätte es sich immer noch um 2.140.000.-Lire ungefähr gehandelt. Ich hätte gerne von Herrn Assessor Romano gewußt, warum er diese großzügige Leistung zurücknimmt, wenn das Geburtsgeld schon allen zustehen sollte, wenn man damit erreichen will, daß Frauen sich dazu entschließen Kinder auf die Welt zu bringen und ihnen infolgedessen diese Honorierung durch die Gemeinschaft zusteht, dann hätte auch ich gesagt, warum nicht eine großzügigere Lösung? Ein Jahr vorher, das ist doch ein Trick, das geht in Ordnung wenn man eine haarscharfe Familienplanung betreibt, aber wer das nicht betreibt, der fällt wieder durch, denn 9 Monate sind dann eben zu wenig. 1 Jahr voraus, damit hat man sicherlich wieder einen Teil der Frauen ausgeschlossen, die erst später ein Kind erwarten. Entweder es geht uns darum, daß wir diese Honorierung erbringen und sonst sagen wir, daß das ganze im Grunde genommen auch nur wieder mit Tricks funktioniert. Ich bin auch der Meinung, daß das eigentlich nicht die Grundlinie sein sollte.

PRÄSIDENT: Danke. Die Abgeordnete Conci hat das Wort. Bitte, Frau Abgeordnete.

CONCI-VICINI: Grazie Presidente. Volevo intervenire rispetto a questa proposta di emendamento, perché davvero nel momento in cui insieme a Saurer ed al collega Romano abbiamo lavorato a lungo in questi mesi per riprendere in mano complessivamente il pacchetto famiglia e per cercare di dare delle risposte in senso migliorativo da una parte, ma anche cercando di accogliere tutta una serie di bisogni, che nella prima versione del pacchetto famiglia non erano stati tenuti presenti e mi riferisco in particolar modo all'articolo che stiamo discutendo, oltre al comma 2 di cui parliamo adesso, anche il comma 3 era stato visto proprio in questo senso estensivo, visto che la legge paragona la maternità naturale alla maternità adottiva, anche qui si era deciso di concedere, anche in caso di adozione o di affidamento preadottivo, questo assegno alle famiglie, giustamente visto che la legge lo riconosce.

Nel caso del comma 2, davvero si era concertato ed acquisito, da parte di tutti, sia dal collega Saurer che dal collega Romano, l'accettazione di questo tipo di bisogno, che interviene laddove l'evento risulta inaspettato e quindi era rivolto soprattutto verso quei casi di bisogno, la maternità improvvisa, in genere capita soprattutto anche a ragazze giovani, che quindi si trovano in uno stato di bisogno effettivo, allora l'intervento poteva essere visto davvero come una sorta di venire incontro, rispettando alcuni requisiti, ad un problema che comunque si pone anche oggi nella nostra società trentina e nella nostra società altoatesina.

Davvero credo che questo secondo comma non debba essere tolto, al di là poi delle modalità che magari avrebbero potuto prevedere, visto che la questione era stata concertata comunemente anche una comune presa in considerazione di questa proposta di emendamento, chiedo al collega Romano davvero che ritiri questo emendamento al comma 2, perché ritengo sia importante rispondere a questi problemi, che ancora una volta pesano sulla nostra società trentina e sulla nostra società altoatesina. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist Landesrat Saurer. Bitte, Abgeordneter Saurer.

SAURER: Danke, Herr Präsident. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese neue Bestimmung eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zur derzeit geltenden Bestimmung ist. Die derzeit geltende Bestimmung sieht vor, daß die Versicherung vor dem 21 Lebensjahr erfolgen hätte müssen, hier haben wir eingeführt nur ein Jahr vorher. Das ist doch eine ganz wesentliche Verbesserung.

Wir haben große Schwierigkeiten die kleinen Beträge, die eingezahlt werden müssen, überhaupt einzuheben sobald einmal die Geburt erfolgt ist, sobald die Situation eintritt. Man muß bis zum 43-zigsten Lebensjahr weiterzahlen. Es ist ein großer bürokratischer Aufwand und es gibt auch ganz große Schwierigkeiten, daß die einzelnen überhaupt bezahlen. Deshalb haben wir gesagt, nehmen wir ein Versicherungsmodell, wobei es ganz klar ist, daß das Ereignis, die Geburt, in diesem Fall nicht schon eingetreten sein kann oder schon dabei ist einzutreten. Da würde es für unsere Begriffe große Schwierigkeiten geben, ein solches Modell, wo das Ereignis bereits vorhersehbar ist, als Versicherungsmodell anzubieten und in Rom zu verkaufen. Wir haben deswegen große Bedenken, ob eine Versicherung, wenn die Schwangerschaft bereits erfolgt ist, ob eine solche Versicherung überhaupt als Versicherung bezeichnet werden kann oder ob es nicht ein Darlehen ist, das jemand aufnimmt und das er im Laufe der Jahre abzahlen kann. Ein Minimum an Konsequenz müssen wir schon beibehalten in der ganzen Angelegenheit, wenn wir haben wollen, daß irgend jemand diese Gesetze dann auch gegenzeichnet.

PRÄSIDENT: Danke. Die Abgeordnete Kury hat das Wort.

KURY: Vor einem Monat gab es im Rahmen der Generaldebatte eigentlich hier unterschiedliche Meinungen, ob die Pflicht günstig und opportun ist, 20 Jahre lang Beiträge zu zahlen und ob es günstig ist, diese Pflicht nun zu reduzieren. Das zwischen Landesrat Saurer und Assessor Romano ausgearbeitete Modell ist ein neues und setzt unser Modell einer Versicherungsprämie gleich. Auf unsere Einwände damals, daß es nicht angeht einfach auf diese zwanzigjährige Beitragszahlung zu bestehen, hat Assessor Romano folgendermaßen geantwortet: Es besteht in keinem Falle die Möglichkeit hier den Schlaunen zu spielen und es ist auf alle Fälle vorgesehen, daß jemand ein Jahr lang eingetragen sein muß bzw. einen Beitrag gezahlt haben muß bevor er das Geburtengeld ausbezahlt bekommt. Das ist die Voraussetzung aus meiner Sicht, daß dieses neue System überhaupt funktionieren kann. Wenn wir jetzt also diese Voraussetzung auch noch aufweichen, dann denke ich wird aus diesem Gesetz wirklich eine Art Wahlgesetz. Dann ist jeder, der einigermaßen clever ist und einigermaßen rechnen kann in der Lage mit einer minimalen Beitragszahlung eine maximale Prämie herauszuschlagen und ich denke das kann nicht der Sinn des Gesetzes sein. Insofern unterstütze ich auf alle Fälle den Vorschlag diesen Absatz zu streichen und ich möchte noch weitergehen und sagen, es ist eine wesentliche Voraussetzung, daß wir hier seriös arbeiten, sonst ist es nur ein Geldverteilen unabhängig davon, ob jemand auch wirklich bereit ist die notwendige Beitragsleistungen zu zahlen. Wir sollten den Frauen unter uns nicht die Chance geben auf jeden Fall eine maximale Prämie herauszuschlagen. Ich unterstütze den Assessor Romano in diesem Fall, es ist die einzige Möglichkeit um seriös zu bleiben.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Da gibt es das Staatsgesetz vom 23. Oktober 1992, Nr. 421, in dem die Reformgrundsätze für die Rationalisierung und Revision der Regelung auch hinsichtlich der sozialen Vorsorge festgesetzt worden sind. In diesen Reformgrundsätzen heißt es ausdrücklich, daß die Versicherungszeit von 15 auf 20 Jahre angehoben wird. Versicherungszeit bedeutet diese Zeit, in der auch Beiträge gezahlt werden müssen, wobei noch unter den Reformgrundsätzen die Umstrukturierung und Harmonisierung der Regelung der Finanzierung des Vorsorgesystems aufscheint, indem für jede Sonderbuchführung dieses Systems Beitragssätze festgesetzt werden, die geeignet sind, das Haushaltsgleichgewicht zu sichern, d.h. daß sich die Eingänge und die Ausgänge ausgleichen.

Mir scheint, daß das hier wieder zurückgenommen werden soll und ich verweise nur noch auf das was die Bicamerale in der zweiten Runde vorgeschlagen hat, wo es heißt, daß dem Staate die Festsetzung der Leistungsebenen hinsichtlich der sozialen Rechte vorbehalten bleibt und da meint man selbstverständlich auch die Versicherungsleistungen, die im gesamten nationalen Territorium gewährleistet werden müssen. Also, überall die gleichen Sozialvorsorgeleistungen und das bleibt dem Staate vorbehalten. Der Staat muß jetzt, wo dieses Reformgesetz da ist, dafür sorgen, und es wird durch die Bicamerale als eigene Gesetzgebungszuständigkeit noch unterstrichen, daß die Sozialversicherungsleistungen auf dem gesamten nationalen Territorium gleich

sind. Einerseits sind die 20 Jahre Sozialversicherungsleistung und andererseits das Gleichgewicht des Haushaltes der einzelnen Sozialversicherungen zu wahren und dann die Gleichheit an Vorsorgeleistungen in ganz Italien. Wie sich das vereinbart verstehe ich nicht. So etwas kann bei dieser ergänzenden Gesetzgebung aufgrund dieser Vorausbestimmungen, dieser Reformgrundsätze und durch den Vorbehalt, daß dafür der Staat sorgen muß, daß die Gleichheit der Behandlung in ganz Italien gewährleistet wird, vom Staat nicht genehmigt werden.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist noch einmal kurz der Abgeordnete Morandini.

MORANDINI: Grazie Presidente. Assessore Romano, avevamo concordato, anche su questo versante dell'assegno di natalità, una norma che andasse incontro ad alcune situazioni difficili che si sono presentate. Lei sa bene, assessore Romano, perché di previdenza se ne intende, che è sempre più labile il confine fra la previdenza e l'assistenza e che alcune riflessioni che ha fatto anche il collega Benedikter, potrebbero anche essere degne di attenzione, che comunque questa legge, su cui stiamo proponendo e discutendo le modifiche, è stata ritenuta comunque rientrante nelle competenze regionali.

Voglio fare un appello accorato, signori colleghi, qui non è che in questo modo, assessore Romano, con la norma attualmente in vigore, si vengono a favorire i furbi, qui si vengono a penalizzare coloro che sono più sprovveduti in gran parte, faccio presente all'assessore Conci che l'attenzione all'affidamento preadottivo è già prevista al comma 4.

Assessore Romano, le leggo un appello che un gruppo di donne ha consegnato poco fa per iscritto a tutti i consiglieri regionali, leggo la parte relativa a questo problema, perché come lei capisce, proprio dalla sensibilità femminile viene questa richiesta, qui è questione che con il comma che lei propone di sopprimere si vanno di fatto a penalizzare le situazioni tante volte più difficili e di maggiore bisogno. Le leggo: non tutte le donne conoscono molto tempo prima le formalità dell'adesione, inoltre si escluderebbero dall'accesso l'assicurazione, quelle fattispecie che rientrano nelle nascite non programmate, ovvero in modo particolare le madri giovani e nubili, che avrebbero particolare bisogno dei contributi, le gravidanze e le maternità per fortuna non sono lavatrici da poter programmare, salvo qualche caso, penso glielo suggerisca anche l'assessore Vecli, se gli è rimasto ancora un po' di buon senso, dopo che siede in Giunta provinciale.

Allora il problema, assessore Romano, è davvero messo sotto un angolo visuale distorto, allora io dico che, se l'angustia, cioè la preoccupazione che mi pare angustiava anche la collega Kury nel suo intervento, si preveda che in caso di gravidanza imprevista chi non è iscritto possa iscriversi, magari percepisca un assegno minore, ma non penalizzatelo, perché questo è fare davvero il gioco dei furbi, quante giovani madri oggi si trovano in gravidanze impreviste ed in questo modo sarebbero penalizzate, chiedetelo a chi ha gestito in questi anni l'applicazione del pacchetto

famiglia, fossero anche un numero poco rilevante, ma non penso, andremmo a penalizzare le situazioni peggiori.

Allora, assessore Romano, propongo mediazione, che in caso di gravidanza imprevista, visto che lei vuole garantire questa natura previdenziale, ma le assicuro che sta facendo le pulci a qualche cosa che non deve essere invece visto sotto questo angolo visuale, perché sa benissimo che il confine fra previdenziale ed assistenziale è sempre più tenue, allora si preveda che in caso di gravidanza imprevista chi non è iscritto possa iscriversi, magari percependo una indennità un po' più ridotta, se proprio è questo il problema, ma non mi pare, perché non sono certo quelli i casi che hanno sbancato la Regione in questi anni, assessore Romano, si documenti sull'attuazione di queste norme, allora si preveda almeno questo, diversamente è un comma assolutamente iniquo e lo hanno detto per iscritto, ce l'hanno data poco fa, le donne delle ACLI altoatesine.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Conci, per la seconda volta.

CONCI-VICINI: Grazie Presidente. Capisco le preoccupazioni del collega Romano, che avendo interpellato Roma vede in pericolo la possibilità di portare a casa questa legge. Credo sia importante anche richiamarci i motivi che insieme avevamo condiviso nel momento in cui abbiamo costruito questo nuovo pacchetto famiglia.

Rispondo anche alla collega che aveva posto la domanda prima, proprio per cercare di disincentivare il fatto che tutti si iscrivessero nel momento in cui la persona resta incinta e quindi è già in stato di maternità. Avevamo deciso di dimezzare l'assegno di natalità, questo lo avevamo deciso proprio perché non avvenisse questa incentivazione ad iscriversi dopo. Allora la regola resta quella che abbiamo messo, almeno un anno di anzianità assicurativa e contributiva, ma davvero nel momento in cui arriva quello che di solito è un problema, in genere tocca ragazze giovanissime, che si trovano anche oggi in situazioni a volte di grave disagio, allora questo ci sembrava un motivo importante per dare una risposta comunque alla persona, permettendole di iscriversi nel momento in cui anche la maternità fosse già stata accertata.

Allora all'interno di tutta questa serie di allargamenti del pacchetto famiglia, che tengono a tenere in conto altre situazioni di bisogno, rispetto quelle precedenti, riteniamo che questa debba essere presa in considerazione, perché è una di quelle motivazioni che spesso rende impossibile alle madri tenere i bambini, quindi in questo senso credo che vada supportata l'azione, disincentivando certo perché non si raggirino le questioni e quindi la legge deve prevedere anche quello.

Non penso, collega Romano, che Roma ci bocci questa legge, perché anche la precedente prevedeva addirittura che una persona potesse avere l'assegno già avendo il bambino, è vero che c'erano i 20 anni di iscrizione, la situazione era diversa, però è anche vero che uno poteva richiedere l'assegno di natalità avendo già il bambino con sè, quindi credo che i paletti li abbiamo messi per cercare di non far approfittare di queste

situazioni, ma che questo tenga conto davvero di situazioni di bisogno, che ancora accadono e ci sono.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Wir machen hier eine grundsätzliche Entscheidung, ob wir familienfördernd eingreifen wollen oder ob wir die Hilfen, die schon bestehen jetzt einschränken wollen. Wir jammern, daß wir weniger Kinder haben, daß die Geburtenzahlen zurückgehen u.s.w., die demographische Entwicklung spricht nicht gerade im positiven Sinne für uns und wenn man dann Maßnahmen setzen will, die entgegensteuern können, dann stimmt man dem nicht zu. Ich bin dagegen, daß dieser Antrag von Assessor Romano angenommen wird und ich möchte auch etwas zu Landesrat Saurer sagen, es stimmt schon, man kann nicht gut, nachdem ein Unfall passiert ist, die Versicherung abschließen. Das stimmt schon, aber ob eine Schwangerschaft jetzt gerade ein Unfall ist, stelle ich wirklich in Frage. Gerade in diesen Wochen haben wir sehr viele Anfragen von Mütter bekommen - auch schriftlich - Ablehnungsbescheide, die nach dem 31. Dezember 1996 angesucht haben, weil sie es nicht wußten und jetzt draußen sind. Genau diejenigen, die es am meisten brauchen werden auf diese Art und Weise bestraft.

Ich glaube das sollte man nicht tun. Wir verkünden das ganze Jahr wie familienfreundlich und wie kinderfreundlich wir sind und wenn es dann darum geht eine Maßnahme zu setzen dann tun wir das Gegenteil. Ich habe auch mit großer Aufmerksamkeit den Brief der KVV-Frauen gelesen und ich denke man sollte schon auch auf die hören, die sich seit Jahrzehnten mit diesen Problemen auseinandersetzen. Für uns mag es teilweise eine sehr trockene Materie sein, aber für die Leute draußen ist das eine Hilfe oder keine Hilfe. Wir müssen zeigen, daß wir auch konsequent sind und nicht nur von Dingen reden. Das mag vielleicht beim Haushalt zu Buche schlagen, aber ich denke, daß die Investitionen hier sehr viel wichtiger sind und ich wiederhole was ich bei der Generaldebatte gesagt habe, alles was wir hier an Geld einsetzen, sparen wir uns später bei anderen sozialen Problemen, die dann in der Gesellschaft auftauchen, weil bestimmte Familien oder Alleinerzieherinnen nicht mehr in der Lage sind die nötigsten Bedürfnisse zu erfüllen. Deshalb sollte man hier nicht an der falschen Seite sparen. Wir sind nicht imstande gewesen das Erziehungsgeld von 300.000.- Lire auf 500.000.- Lire zu erhöhen und es wurde auch der Antrag abgelehnt, die Leistungen bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes auszudehnen. Ich muß sagen leider.

Das wäre ein Zeichen gewesen in die richtige Richtung und wenn wir schon diese Mittel haben im Haushalt, dann sollten wir sie auch dort einsetzen wo sie am meisten gebraucht werden. Das soziale Gewissen wird so nicht entlastet werden.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Vecli, ne ha la facoltà.

VECLI: La ringrazio, signor Presidente. Ritengo che l'assessore Romano abbia fatto una proposta condivisibile e sicuramente dettata dal buon senso, certamente sono state

tenute in grande considerazione le problematiche della famiglia e sicuramente una coscienza sociale e civile ha dettato tutta una serie di intendimenti che vengono recepiti da questo disegno di legge.

Cerchiamo di fare una riflessione pragmatica concreta, stando a quanto è previsto da questo disegno di legge, alla nascita, in occasione della nascita dei figli ci sarebbe l'erogazione di un assegno pari a 4 milioni e 370 mila lire di più altre 350 mila lire al mese per ben due anni.

E' ovvio che le richiedenti, coloro che possono accedere a questo sostegno non indifferente, ma di un certo spessore, debbono far valere almeno un anno di anzianità assicurativa e contributiva. E' la logica che ci dice che un minimo di garanzia ci deve essere, di più lo stralcio del comma 2 credo sia una cosa del tutto legittima, del tutto coerente, con tutta una serie di aspettative, che però non possono travalicare il buon senso e non possono superare la logica. Come è possibile pensare che qualsiasi donna in gravidanza possa far richiesta e possa accedere a forme di contribuzione, dal momento in cui è già in gravidanza.

E' abbastanza facile prevedere, in una famiglia che si è formata, che durante i primi anni di vita si voglia aumentare il nucleo familiare, proprio perché in tantissime famiglie c'è questa aspettativa forte di avere dei figli, proprio perché questo amore possa passare dai genitori ai figli, proprio per crescere in una maniera diversa e molto più completa.

Ora è sicuramente giusto dare un sostegno alle famiglie è sicuramente giusto sostenere la donna in un processo che la trova a volte in una posizione di debolezza, ecco che allora il disegno di legge va sicuramente nel senso di aiuto e di sostegno alle famiglie, però dobbiamo sempre di più ancorarci al buon senso.

Ritengo che la posizione in particolare dell'assessore Romano sia condivisibile, dettata dal buon senso e sulla quale non ci siano altri ragionamenti da fare, già 4 milioni e 370 mila lire alla nascita, più 350 mila lire al mese per due anni, credo siano un sostegno più che considerevole. Dobbiamo anche riflettere alle altre posizioni di disagio, di sofferenza che ci sono nella regione. Ecco allora che se dovessimo, in una scala di termini di paragone, parlare di posizioni di debolezza, posizioni che debbono essere salvaguardate, posizioni che l'ente pubblico si deve far carico, credo che da questo punto di vista il sostegno che viene dato attraverso questo disegno di legge sia più che positivo e, ripeto, condividiamo la posizione della Giunta. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Alessandrini, ne ha la facoltà.

ALESSANDRINI: Intervengo molto brevemente, perché alcune riflessioni scaturite in questo dibattito meritano una presa di posizione molto forte e determinata sulle questioni che qui sono state avanzate. Abbiamo già espresso una valutazione non positiva dell'insieme di questo disegno di legge, in occasione della discussione generale, perché potevamo cogliere questa circostanza per determinare una svolta decisiva sul piano dello Stato sociale, che coinvolge le competenze di questa nostra regione.

Credo che, sia nella proposta Romano, sia nell'intervento del collega Morandini, ci siano da individuare dei limiti molto precisi. Il collega Romano fa riferimento ad un sistema di tipo previdenziale-assicurativo, ebbene credo sia una sorta di ipocrisia, perché un sistema di questa natura deve innanzitutto garantire equilibrio finanziario fra i contributi che si pagano e le spese che si affrontano. Ora mi pare che possiamo condividere tutti che qui siamo di fronte ad una parvenza di entrate, ad una tale modesta entità di versamenti che c'è una quota di copertura assolutamente modesta, quindi è difficile parlare di un sistema previdenziale all'altezza dei problemi con i quali questi sistemi devono confrontarsi. Ciò nonostante una parvenza sotto questo profilo c'è.

Credo invece che nelle opinioni del collega Morandini siano da accogliere degli aspetti assolutamente non condivisibili. Egli parla di confine sempre più limitato fra previdenza ed assistenza ed allora credo sia proprio questo confine vago che ha portato alla crisi dei sistemi previdenziali nel nostro paese, ma non solo, e che occorra per poter garantire un futuro ai sistemi del Welfare nel nostro paese ed in tutti i paesi sviluppati, occorre appunto distinguere nettamente fra problematiche dell'assistenza e problematiche della previdenza. Senza questa distinzione i nostri sistemi sono destinati al fallimento e credo che in particolare l'analisi di quello che è successo nel nostro paese per un cinquantennio di malgoverno sotto questo profilo, dimostri esattamente la assurdità di mancanza di distinzioni fra sistemi di previdenza e di assistenza; l'assistenza si elargisce ai bisognosi, la previdenza si pone entro uno zoccolo di garanzie sociali, di diritti di cittadinanza, con i quali appunto i sistemi di Welfare moderni devono fare i conti per garantire gli equilibri finanziari di questi sistemi.

Mi pare che poi, se è vero come dice il collega Morandini, che una ipotesi diversa di intervento dovrebbe favorire i ceti più bisognosi, allora la sua proposta di mediazione, che tenderebbe a dare a questi ceti un sussidio di entità inferiore, in presenza di una ipotesi di questo genere saremo di fronte ad un rimedio che è peggio del male, perché se tale questione deve affrontare le situazioni bisognose, allora il sussidio non si può ridurre, perché questa è una contraddizione palese.

Collega Morandini, bisogna affermare che l'assistenza deve essere generosa nei confronti della situazione di assoluto bisogno ed invece dobbiamo far decollare i sistemi di previdenza e di assicurazione che abbiano innanzitutto un equilibrio finanziario al loro interno. Questo equilibrio nel disegno di legge complessivo non c'è e quindi permane un nostro giudizio complessivamente negativo su queste proposte.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il collega Ianieri, ne ha la facoltà.

IANIERI: Grazie, signor Presidente. Non posso che riallacciare il mio intervento a quello che ha già detto il collega Morandini, non voglio aggiungere molto di più a quello che ha detto Morandini, perché ha illustrato molto bene il suo pensiero e quelle che sono le richieste avanzate da parte delle ACLI tedesche.

Quello che a me fa meraviglia è l'intervento del collega Alessandrini, perché il collega Alessandrini è stato presidente delle ACLI trentine e pertanto la sua presa di

posizione non la posso condividere, anche perché è contro quelle richieste e quegli ideali che lui, quando era presidente della ACLI, si era proposto.

Pertanto non posso che essere contrario all'emendamento proposto dall'assessore Romano, che sopprime il comma 2 dell'art. 10, che contempla appunto questo assegno.

Mi chiedo come sia possibile imporre ad un certo momento ad una donna di programmare la maternità, se accade casualmente quale sarà l'effetto. Le persone in difficoltà saranno sempre le più deboli, quelle più povere. In questo caso nascerebbe una discriminazione, le nostre agevolazioni andrebbero sempre di più a favore di chi ha maggiori possibilità e non verso chi ne ha effettivamente bisogno.

Per questo motivo sono contrario a questo emendamento e voterò contro.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire, per la seconda volta, la collega Kury.

KURY: Ich möchte nur ganz kurz noch etwas ergänzen, weil hier sowohl vom Abgeordneten Leitner und auch vom Abgeordneten Ianieri der KVW zitiert worden ist. Ich denke, wenn man den Brief der KVW-Frauen zitiert, sollte man ihn ganz zitieren und dann steht hier eigentlich etwas ganz deutliches drinnen. Der KVW schlägt vor, den Beitritt zur Versicherung für das Geburten- und Erziehungsgeld in jedem Alter und auch zum Zeitpunkt der Geburt noch zuzulassen unter der Bedingung, daß in der Folge die vorgesehenen Beiträge für eine Laufzeit von 15 Jahren eingezahlt werden.

Ich denke man muß auch den Nachsatz lesen und hier sind wir jetzt beim Kernpunkt der Diskussion, die bereits bei der letzten Regionalratssitzung begonnen hat. Es stand hier zur Diskussion, ob das Modell wie es bisher gegolten hat, nämlich eine reguläre Beitragszahlung für 20 Jahre oder auch für 15 Jahre, die Grundlage des Systems sein soll oder ob wir das Versicherungssystem wählen wollen, wie es Assessor Romano vorgeschlagen hat. Das glaube ich ist der Kernpunkt der Diskussion. Wir hatten uns damals gegen das Versicherungssystem ausgesprochen. Wir hatten gesagt, eigentlich wäre es günstig die Beitragszahlung weiterhin zu gewährleisten. Es ist darüber in diesem Saal abgestimmt worden und das Versicherungssystem hat die Mehrheit bekommen. Insofern - denke ich - in dem Augenblick wo sich das Plenum dafür ausgesprochen hat, eine Art Versicherungssystem zu wählen, in dem Augenblick können wir dann nicht mehr Teile eines anderen Systems beibehalten.

Das ist inkohärent, wenn wir sagen, jemand muß sich versichern, um zu dem Zeitpunkt, wo ein Ereignis eintritt, einen bestimmten Beitrag geleistet zu haben und dann können wir nicht sagen: aber für diesen Fall wollen wir darauf verzichten. Dann stimmt das System nicht mehr zusammen. Entweder das eine oder das andere, sonst sind wir inkonsequent. Ich denke, wenn wir hier die Diskussion eröffnen wollen auch über den Vorschlag des KVW bin ich sehr gerne bereit. Nur müssen wir nicht nur den ersten Satz dabei berücksichtigen, sondern auch noch einmal die Diskussion darüber eröffnen, ob wir eine kontinuierliche Beitragszahlung haben wollen, aber das wäre eigentlich eine Rückkehr zur Diskussion.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Achmüller, ne ha facoltà.

ACHMÜLLER: Sehr geehrter Präsident, ich bin der Meinung, daß sich dieser Artikel sehr dazu eignet Demagogie zu betreiben. Wir müssen uns besinnen was die Funktion bzw. die Kompetenz der Region ist. Region ist zuständig auf dem Gebiet der ergänzenden Vorsorge und nicht Fürsorge. Ich stimme mit dem Abgeordneten Alessandrini überein, wenn er vorhin gesagt hat, für wen ist die Fürsorge vorgesehen. Die Fürsorge ist vorgesehen für die Notleidenden und die sollen sie bekommen nach einem gerechten System.

Die Vorsorge ist ein System der Versicherung, das man aufbaut im Hinblick auf ein gewisses Ereignis, das eintreten kann. Wenn ich mich erst besinne zum Zeitpunkt des Eintretens des Ereignisses, dann ist es kein Versicherungssystem. Das Versicherungssystem baut sich auf ein System der Einzahlungen auf, die zusammenkommen und dann können gewisse Leistungen ausgezahlt werden. Man hat in der Vergangenheit beim Rentensystem gesehen, daß man das System des Gleichgewichtes nicht beachtet hat. Es ist einfach ein System aufgebaut worden, wo es geheißt hat, wenn gewisse Beträge eingezahlt werden, dann erwachsen daraus gewisse Rechte ohne zu beachten, wieviel ich im Topf drinnen habe. Man ist draufgekommen, daß aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Topf irgendwann leer geworden ist. Im Topf war nichts mehr drinnen und somit ist man übergegangen zu einem System des Gleichgewichtes, daß so viel aus dem Topf herauskommen kann wie eingezahlt worden ist. Das ist das Prinzip. Nun geht man her seitens des Regionalassessors Romano und verbessert das derzeitige System indem man nicht 15 Jahre einzahlen läßt, sondern nur ein Jahr. Das ist eine gewaltige Verbesserung. Man bleibt allerdings beim Prinzip der Vorsorge und trotzdem wird jetzt dieser Vorschlag kritisiert und es wird darauf hingewiesen, daß es sich alles um arme Leute sozusagen handeln muß, was nicht der Fall sein muß. Ich glaube, wenn die Tochter des Herrn Amonn ein Kind bekommt, dann ist nicht von vornherein gesagt, daß sie Anspruch auf Fürsorgeleistungen hat. Deswegen spreche ich mich auch für das System der Vorsorge aus und umso mehr weil wir gar keine andere Möglichkeit haben.

Assessor Romano hat darauf hingewiesen, daß gerade dieser Artikel, den er jetzt streichen lassen möchte, Anlaß sein kann und sein wird für eine Rückverweisung. Man wird uns sagen, es ist nicht Vorsorge, sondern es ist Fürsorge. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, wir müssen beim Zuständigkeitsbereich der Region bleiben und nicht in etwas anderes umzufunktionieren, wenn es auch sehr sympathisch wäre, daß man alle, die in eine gewisse Lage kommen, in die Lage versetzt, an Leistungen der öffentlichen Hand heranzukommen.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, lei ha ancora tre minuti di tempo a disposizione, prego.

BENEDIKTER: Ich kann mich dem anschließen was der Kollege Achmüller gesagt hat, entweder Fürsorge oder Vorsorge. Die Region ist zuständig für die Vorsorge und

nicht für die Fürsorge abgesehen davon, daß in den Berichten der Verwaltung in Südtirol aufgrund von Regionalgesetzen steht, daß die Beitragsleistungen, also der Vorsorgecharakter, nur eine symbolhafte Bedeutung hat und um die 10% schwankt und daß das Übrige reine Fürsorge ist, die in die Zuständigkeit der Provinzen fällt.

Wenn es rechtsstaatlich zugeht, muß die Zentralregierung das Gesetz rückverweisen und nicht nur wegen diesem Artikel sondern insgesamt, weil hier die sogenannte Vorsorgeregelung keine Vorsorge ist, weil sie im Schnitt 90% reine Fürsorge ist, die durch Landesgesetze geregelt werden könnte, wenn man der Ansicht ist, daß es sich wirklich um bedürftige Fälle handelt ohne diesen Schein hier zu erwecken als ob es eine Sozialversicherung wäre. Fürsorge für echt Minderbemittelte und Vorsorge, wenn die Regeln der Vorsorge eingehalten werden, ganz gleich ob dann der Bezugsberechtigte mehr oder weniger bemittelt ist. Dann ist es Vorsorge mit den Regeln, die mit Staatsgesetz schon 1972 festgesetzt worden sind, wo es heißt Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen.

Es stimmt nicht was der Abgeordnete Morandini gesagt hat, die Grenze wird immer kleiner, feiner, sondern im Gegenteil aufgrund der staatlichen Gesetzgebung wird ausdrücklich festgehalten, und zwar schon in einem Gesetz vom 9. März 1989, Nr. 88 wo es ausdrücklich heißt, im Rahmen des Sozialfürsorgeinstitutes sind es alles Sozialpensionen und alles ähnliche darf nicht von der Sozialversicherung als solcher getragen werden, sondern muß durch die Steuern gedeckt werden.

PRESIDENTE: Collega Morandini, non posso concederle la parola perché ha esaurito il suo tempo, intervenendo due volte.

La parola all'assessore Romano per la replica.

ROMANO: Grazie Presidente. Il collega Morandini, per aver lavorato insieme anche su questo disegno di legge, sa la stima che ho per il lavoro che abbiamo fatto, sa che avevo aderito a questo escamotages e mi riservavo ulteriori approfondimenti che ho anche compiuto.

Con questo tipo di impostazione dell'assegno di maternità abbiamo capovolto il vecchio principio, basato sulla richiesta effettuata anche nel momento in cui l'evento era certo. Scusate, ho sempre ritenuto che questa legge, che poteva avere valore previdenziale, perché ricevere 4 milioni da restituire a 40 mila lire all'anno, per 15 anni, mettendo in grave difficoltà gli uffici, non è previdenza. Anzi qualcuno proponeva che sarebbe stato meglio trattenere le 600 mila lire al momento dell'erogazione e di chiudere così la partita.

Ha ragione il collega Morandini definire assistenza, non essendo recuperabili eventuali mancanze di pagamento, ma nascerebbe un contenzioso a cui è preferibile rinunciare anche soltanto per i costi.

Abbiamo mutato l'entità e desideriamo offrire una reale assicurazione per l'evento, che al momento della stipula non deve sussistere, altrimenti non è

assicurazione; abbiamo previsto l'anno che è il minimo, al quale ognuno, secondo i propri calcoli, può in qualunque momento venire meno.

L'approfondimento a quale riflessione ci ha portato? Che purtroppo il secondo comma - collega Morandini non è un problema ideologico, a me le ideologie, non interessano assolutamente...

(interruzione)

ROMANO: Chiedo scusa collega, non è ideologico! Purtroppo da approfondimenti che ho fatto personalmente il secondo comma si pone in contrasto netto con il primo comma, pertanto uno dei due va abolito.

(interruzione)

PRESIDENTE: Cons. Romano, lei ha esaurito il tempo, deve chiudere il suo intervento.

ROMANO: Chiudo Presidente, non c'è nulla di ideologico, però con l'impostazione che abbiamo dato, il secondo comma, dopo l'approfondimento, risulta in contrasto con il primo e quindi questa parte è censurabile.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per appello nominale dell'emendamento Romano, prot. n. 10815.

Iniziamo con il nominativo del cons. Morandini.

DENICOLO': Morandini (*no*), Moser (*sì*), Munter (*non presente*), Muraro (*sì*), Pahl (*ja*), Palermo (*astenuto*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*astenuto*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*non presente*), Pinter (*sì*), Romano (*sì*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*nein*), Taverna (*no*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*no*), Valduga (*astenuto*), Vecli (*sì*), Viola (*non presente*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*sì*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*sì*), Atz (*ja*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*nein*), Benussi (*no*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*no*), Bondi (*sì*), Casagranda (*sì*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*no*), Delladio (*no*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*no*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*sì*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*sì*), Holzer (*sì*), Holzmann (*no*), Hosp (*ja*), Ianieri (*no*), Kasslatte-Mur (*ja*), Klotz (*nein*), Kofler (*sì*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Leitner (*nein*), Levegghi (*no*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*ja*), Messner (*ja*), Minniti (*no*), Montefiori (*non presente*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale dell'emendamento Romano:

votanti	59
sì	33
no	17
astenuti	9

Il Consiglio approva.

Passiamo al prossimo emendamento, sempre a firma dell'assessore Romano, con il n. 6/quarter, che recita: Al comma 4 dell'articolo 10 le parole "previsto dai commi 1 e 2" sono sostituite dalle parole "previsto dal comma 1".

La parola al collega Romano per l'illustrazione.

ROMANO: Signor Presidente, se decadeva il comma 2 non si poteva inserirlo nell'articolato.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Morandini, ne ha la facoltà.

MORANDINI: Grazie Presidente. Gradirei che l'assessore Romano, a parte la consequenzialità che è insita in questo emendamento, motivasse non solamente la ragione dell'emendamento, ma un po' tutta la logica che ha ispirato questa norma, che sicuramente va spiegata all'aula. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento, prot. n. 10815, scritto a mano? La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Volevo dare una risposta al collega Morandini. In questo emendamento, è caduto il comma 2, questo è chiaro; a me dispiace che il collega Morandini, con il quale abbiamo lavorato insieme, ne faccia quasi un fatto personale. Ho detto che ho fatto gli approfondimenti, che mi è stato fatto rilevare che il comma 2, così come era congegnato era in contrasto completo con il comma 4, contrasto che rischiava di fare cadere tutta la legge, più di questo, collega Morandini, che posso dire? Vogliamo non portare a casa la legge? Credo che non sia questo il nostro intendimento.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 22 voti favorevoli, 10 voti contrari e 9 astenuti, il Consiglio approva.

E' stato presentato un emendamento, a firma del cons. Pinter, che sospendiamo, avendo precedenza altro emendamento, a firma dei cons. Zendron, Kury, Chiodi, Pinter ed altri, prot. n. 10710, che recita: al comma 3 le parole "a condizione che il bambino..." fino a "affidamento preadottivo" sono soppresse.

Prego dare lettura nel testo tedesco.

DENICOLO':

Änderungsantrag zum Abänderungsantrag zu Art. 1

Art. 1

In Absatz 3 werden die Worte „und zwar vorausgesetzt, daß das Kind...“ bis zu den Worten „nicht vollendet hat“ gestrichen.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Zendron per l'illustrazione. Invito i consiglieri di prendere posto e se non sono interessati al dibattito sono pregati di uscire dall'aula. Prego collega Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Scusi, ma si fa veramente fatica a parlare in quest'aula e tra il resto pure l'ascolto risulta faticoso. Con questo emendamento si vuole togliere il limite di età nel caso di adozione o di affidamento preadottivo, perché? Per due ragioni: da un lato, quando c'è una situazione di adozione ci sono dei problemi, anche se il bambino è un po' più grande, anche se ha 8-9 anni ed è giusto che ci sia un'attenzione da parte dell'ente pubblico per venire incontro alle famiglie che fanno queste adozioni.

La seconda ragione è il fatto che nell'attuale situazione italiana, proprio i bambini un po' più grandicelli hanno difficoltà ad essere presi dalle famiglie, sono quelli che rimangono in questi orribili istituti, dove anche nei casi in cui vengono trattati bene, e non è sempre così, comunque manca veramente quella famiglia che si cerca di dargli attraverso l'adozione e l'affidamento preadottivo.

Per cui mi pare che mettere un limite di 6 anni sia sbagliato, bisognerebbe togliere ogni limite, oppure mettere un limite ben più avanzato, mettere 12-13 anni, in maniera da fare capire che l'ente pubblico favorisce l'adozione dei bambini più grandicelli e che non si mette contro; infatti le famiglie si commuovono di più e sono più disponibili verso i bambini più piccoli, benché credo tutti si rendano conto che le difficoltà stanno dalla parte dei più grandi.

A sostegno di questa tesi si evidenzia il fatto che i bambini sono ancora non adottati in un'età più avanzata, celano esperienze precedenti l'affido non riuscito, quindi ci sono delle storie molto dolorose ed in ogni caso mi sembra sia giusto che l'ente pubblico sia favorevole.

Qualcuno ha obiettato che si possono adottare anche persone di 30 anni, ma penso che dobbiamo mantenerci nell'ambito della ragionevolezza e la normalità, la quotidianità segnala tentativi di abusi, veramente non mi posso immaginare che ci siano, in ogni caso chiaramente, in un'ottica assicurativa di adottare una persona di 30 anni stipuli anche comunque l'assicurazione, per cui questa obiezione mi sembra veramente destituita da ogni fondamento.

Mi sembra sia importante togliere il limite di 6 anni proprio per le ragioni poc'anzi esposte e che mi sembrano determinanti nel non volere limitare un impegno a favore dell'adozione ed un sostegno alla famiglia che adotta.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Ha chiesto la parola la collega Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Nur um zu sagen, daß meines Erachtens hier gerade durch die Streichung dieser Einschränkung auch ein Anreiz zu Adoptionen geschaffen werden kann. Ich denke, es muß in unserem Sinne sein, daß eben die Adoption nicht nur erleichtert wird, sondern daß es auch Anreize für Adoptionen gibt und infolgedessen auch die Möglichkeit besteht, auch wenn es hier nicht so aussehen sollte, als würde alles mit dem Materiellen begründet, aber es sollte auch diesbezüglich - wenn es möglich ist - eine kleine Hilfeleistung für jene Erwachsenen und Familien geben, die bereit sind auch ein Kind zu adoptieren, das älter ist als 6 Jahre. Es soll nicht nur auf das reduziert werden. Es handelt sich aber auch oft um kleine Hilfeleistungen, um kleine Motivationen und insofern ist das ein zusätzlicher kleiner Schritt und deswegen bin ich in jedem Fall dafür.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Morandini, prego.

MORANDINI: Grazie Presidente. Mi riconosco nell'intervento che ha appena svolto la collega Klotz, esprimendo peraltro, siamo all'interno di questa norma dell'art. 10 attualmente in vigore, che si sta profilando un pensiero ed una linea, assessore Romano, lo dico senza ragioni personali, estremamente pericolose. Era cominciata la volta scorsa, allorquando è stata bocciata la nostra proposta di elevare l'assegno di cura fino a tre anni, cosa che ha consumato con la bocciatura di quell'emendamento, che proponeva l'assegno di cura fino a tre anni, una gravissima ingiustizia nei confronti dei servizi alla primissima infanzia, lo ribadisco, quindi questa linea è continuata in questa fase.

Allora collega Alessandrini, a proposito di questi emendamenti riguardanti l'art. 10, per la sua stessa ragione non credo possa essere competenza legislativa di tipo integrativo della Regione a voler tracciare il confine tra la previdenza e l'assistenza, questo è compito doveroso della competenza legislativa nazionale.

Allora per questa ragione, Presidente, è fuori luogo voler tracciare con normativa regionale un confine, laddove abbiamo solamente, tanto più su questo emendamento, competenza integrativa. Quindi da questo punto di vista faccio presente che è difficile, assessore Romano e collega Alessandrini, tracciare il confine con questa nostra legislazione, prova ne è, cons. Achmüller, che la competenza regionale, se deve essere soltanto previdenziale, il comma che stiamo esaminando va abrogato.

Concludo Presidente...

(interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha ancora tre minuti di tempo, le ho chiesto soltanto cortesemente di interrompere il suo intervento, dobbiamo attenerci all'emendamento...

(interruzione)

MORANDINI: Presidente, sto parlando all'interno dell'articolo in vigore, che si intende emendare, per cui la prego di fare attenzione agli interventi di tanti colleghi, che

spesso fuoriescono dal tema e non vengono mai richiamati, quindi mi consenta di concludere...

(interruzione)

PRESIDENTE: Collega Morandini, mi consenta, il richiamo riguarda l'aula e non lei, ma comunque prendendo la parola su un determinato emendamento o articolo, dobbiamo sviluppare un ragionamento che sia consono e rispettoso dell'emendamento o dell'articolo sul quale ci stiamo confrontando.

E' un richiamo a tutti noi di attenerci a queste regole.

Prego, collega Morandini, ha ancora 2 minuti di tempo.

MORANDINI: Presidente, concludendo, con riferimento proprio a parecchi interventi dei colleghi, è inutile voler fare le pulci oggi dicendo che non ha carattere previdenziale, ma assistenziale qualche intervento, abbiamo cassato con la votazione, assessore Romano, e stiamo cassando con questo articolo che è in discussione, alcune provvidenze essenziali per situazioni difficilissime e questo, ripeto, i funzionari che hanno gestito l'attuazione di questa normativa in questi anni lo possono chiaramente testimoniare.

Allora in questo senso è importante tenere presente che così si vanno a discriminare situazioni, fortissimamente, l'esperienza di tanto volontariato, ancora oggi in atto su queste frontiere, dice, cons. Pinter, che più di metà degli aborti avvengono per ragioni finanziarie e quindi avremo potuto comunque, lasciando almeno la norma come è in vigore oggi, dare qualche piccolo aiuto su questo versante, invece è stato cassato, incredibile.

PRESIDENTE: Concedo la parola all'assessore Romano per la replica.

ROMANO: ...mutuandolo da alcune leggi nazionali, cito a caso, c'è la maternità per le lavoratrici autonome, la legge 546 del 1987, che parla di affidamento preadottivo fino a sei anni, oppure la legge sulla maternità alle libere professioniste parla ugualmente dei sei anni, anche per le lavoratrici dipendenti la legge n. 903 del 1977 prevede al stessa età, comunque non è un problema, ritengo accettabile l'emendamento perché elimina questo vincolo, ma non ne stravolge il testo, quindi siamo d'accordo.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Conci.

CONCI-VICINI: Volevo semplicemente dire una battuta, supportando il discorso...

PRESIDENTE: Collega Conci, non è che non le voglia dare la parola, ma è prassi che dopo l'intervento dell'assessore nessuna intervenga.

E' stata chiesta la verifica del numero legale.

Pongo in votazione l'emendamento prot. n. 10710, a firma dei cons. Zendron ed altri. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 40 voti favorevoli ed 8 voti di astensione, il Consiglio approva.

Passiamo all'emendamento a firma del cons. Pinter ed altri, che recita: alla lettera c) della nuova formulazione, proposta per il comma 1, al comma 6 della nuova formulazione dell'articolo 10 della legge regionale 4/1992, dopo le parole "in un'unica soluzione" sono inserite le parole "entro e non oltre 3 mesi dalla presentazione della domanda".

Prego dare lettura del testo tedesco dell'emendamento.

DENICOLO': Antrag auf Änderung des von Assessor Romano eingebrachten Änderungsantrages Art. 1

Im Buchstaben c) des neuen für Absatz 1 vorgeschlagenen Formulierung werden im Absatz 6 der neuen Formulierung des Art. 10 des RG Nr. 4/1992 nach den Worten „in einmaliger Auszahlung“ die Worte „innerhalb von 3 Monaten ab Einreichung des Antrags“ eingefügt.

PRESIDENTE: Collega Pinter, intende illustrare il suo emendamento? Prego.

PINTER: Grazie Presidente. Qui evidentemente volevo mantenere il vincolo per l'erogazione dell'assegno di natalità, come era precedentemente contenuto nella legge, in altre parole con la nuova formulazione si supererebbe questo vincolo, mentre credo che non si dovrebbe derogare, rispetto la previsione originaria della legge, per non aprire ulteriori e nuove possibilità.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Pinter? Prego, assessore Romano.

ROMANO: Sì, per dichiarare che siamo d'accordo, mettere un termine può anche andare bene, almeno ci mettiamo su un binario più definito.

PRESIDENTE: Il collega Benedikter ha chiesto la verifica del numero legale.

Siamo in votazione dell'emendamento Pinter.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 35 voti favorevoli e 4 voti di astensione, il Consiglio approva.

Passiamo all'altro emendamento, sempre primo firmatario il cons. Pinter, che recita: Alla lettera f) della nuova formulazione proposta per il comma 1, al comma 5 della nuova formulazione dell'articolo 14 della legge regionale 4/1992, sono soppresse le parole "e dal ricovero in Istituti specializzati".

Prego dare lettura del testo tedesco dell'emendamento.

DENICOLO':

Antrag auf Abänderung des von Assessor Romano eingebrachten Änderungsantrags zu
Art. 1

Im Buchstaben f) der neuen für Absatz 1 vorgeschlagenen Formulierung werden im Absatz 5 der neuen Formulierung des Art. 14 des RG Nr. 4/1992 die Worte „und der Unterbringung in spezialisierten Instituten“ gestrichen.

PRESIDENTE: Collega Pinter, intende illustrare l'emendamento? Prego.

PINTER: Grazie Presidente. Questo emendamento praticamente avrebbe la conseguenza di escludere dal computo dei figli, per l'integrazione degli assegni familiari, quelli ricoverati in istituto, in quanto beneficiari già dell'intervento pubblico. In altre parole qui non è che si volesse penalizzare nessuno, però sembrava eccessivo che si integrasse un assegno familiare per un figlio che già è integralmente a carico dell'ente pubblico, in quanto ricoverato in un istituto specializzato, quindi sarebbe un beneficio economico non comprensibile, poichè gli oneri dell'assistenza sono a carico del servizio pubblico e non della famiglia.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento Pinter? Ha chiesto la parola la collega Klotz, prego.

KLOTZ: Bei vielen Gelegenheiten haben wir darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen jenen Familien und Erwachsenen geholfen werden soll, die bereit sind ihre behinderten Personen - und hier geht es auch um die behinderten Personen - in der Familie zu betreuen und die sie also nicht in Heime abschieben. Es gibt natürlich Fälle, bei denen die Betreuung daheim nicht möglich ist, aufgrund der Schwernis der Behinderung oder aufgrund schwerwiegender familiärer Probleme. Weil es also auch hier meines Erachtens in erster Linie um einen Anreiz gehen sollte, daß Kinder und daß behinderte Personen in der eigenen Familie bleiben können, von der eigenen Familie betreut werden, unterstütze ich diesen Antrag. Auch das ist ein wichtiges Signal nicht nur was die soziale Komponente anbelangt, sondern auch was pädagogische, psychologische Hintergründe betrifft. Aus diesem Grund auch diesbezüglich ein „Ja“ zu dieser Schwerpunktsetzung.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Prego, cons. Morandini.

MORANDINI: Presidente, nella formulazione attualmente in vigore ricordo che la ratio per cui era stata proposta era quella che l'assegno in discussione non penalizzasse le famiglie con figli disabili, nel senso che si erogasse anche alle famiglie che avessero un solo figlio disabile, quindi in ragione di questa disabilità.

E' stata aggiunta nella proposta che qui è in discussione l'espressione relativamente che lo estende anche a coloro che sono ricoverati in istituti, allora quello che voglio chiedere alla Giunta è questo: è vero come sottintende l'emendamento, ma

non so se sia vero, che nel caso di ricovero in istituti il quantum del ricovero grava sul bilancio pubblico o non invece sulla famiglia, perché se fosse questa l'ipotesi, cioè se la spesa per l'assistenza e per l'accoglienza nell'istituto specializzato gravasse sulla famiglia, allora penso che anche a queste famiglie vada erogato l'assegno di cura, essendo per evidenti ragioni, doppiamente penalizzate.

Quindi con questa precisazione, assessore, che chiedo ci fornisca la Giunta, possiamo orientare il nostro voto in un senso o nell'altro, perché evidentemente la ratio è totalmente diversa, mentre con la norma in vigore si intendeva non penalizzare le famiglie, nel senso di erogare l'assegno solamente a partire dal terzo figlio, come allora la maggioranza del Consiglio aveva ritenuto, ma allorquando sia disabile e sia anche soltanto figlio unico o secondo figlio di erogargli l'assegno. Allora nel caso di ricovero in istituto specializzato ci si deve dire se la spesa per questo ricovero grava sulla famiglia, in tutto o in parte, eventualmente in quale parte, oppure interamente sul bilancio pubblico, perché lei capisce, assessore competente, che è diversa la logica, quando si grava totalmente a carico di bilancio pubblico, mentre ci si orienta in tutt'altro senso allorquando l'onere grava sulla famiglia in tutto o in parte.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Presidente, anch'io vorrei capire questa cosa che per adesso non c'era, credo che noi non dobbiamo favorire il fatto che figli con problemi vengano tenuti in istituti specializzati per sempre, il nostro obiettivo dovrebbe essere quello di favorire in ogni modo l'integrazione nella società, anche se devo dire che la politica della Giunta provinciale di Bolzano, in alcune sue scelte di finanziare interventi che creano nuovamente quei ghetti per persone con handicap, dove vengono rinchiusi e dove passano tutta la loro vita, contraddice questo obiettivo.

Il nostro obiettivo è quello che ci sia il più possibile il mantenimento all'interno del tessuto sociale, anche delle persone con forti handicap.

Credo non si debba favorire chi si libera dei propri figli, magari anche per ragioni rispettabili e nello stesso tempo, oltre aver pagato questo ricovero, riceve anche ulteriore denaro. Direi che dovrebbe essere considerato una forma flessibile, per cui viene favorito il fatto di tenerli all'interno della famiglia, anche con quegli aiuti non solamente finanziari, ma anche di servizi di sostegno. In ogni caso mi sembra non giusto che se, come pare il ricovero è completamente pagato dalla mano pubblica, allo stesso modo della famiglia che tiene i propri bambini riceva lo stesso finanziamento.

Questo mi sembra una cosa non giusta, che non va nella direzione di favorire invece chi mantiene all'interno della famiglia i figli.

Quindi le questioni sono due, ma vorrei capire se la Giunta regionale condivide quello che credo sia l'obiettivo giusto e cioè quello dell'integrazione da preferire al ricovero, l'introduzione in questo testo del ricovero, piuttosto che prima non c'era, mi sembra andare nella direzione opposta. Allora sarebbe in questo caso l'emendamento di Pinter giustificato, cioè la mano pubblica aiuta di più chi fa uno sforzo per curare e mantenere all'interno della famiglia i propri figli. Anche qui vorrei

ribadire che comunque il problema è che l'aiuto non dovrebbe essere solo economico, ma anche i n servizi, concreto, perché è troppo comodo monetizzare tutto e lasciare che le famiglie siano veramente oppresse da un peso, che non riescono a sopportare fino in fondo.

Questo va anche detto, però noi ci occupiamo dell'aspetto economico e quindi è giusto che valutiamo fino in fondo in quale direzione ci porta un intervento piuttosto di un altro.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Achmüller, ne ha la facoltà.

ACHMÜLLER: Ich habe eine Verständnisfrage. Wenn ich den Änderungsantrag richtig interpretiere, dann hieße das, daß ich die Möglichkeit diese Zulage auszuzahlen weniger einschränke.

Wenn ich den derzeitigen Artikel lese, dann muß ich davon ableiten, daß die Zahlung der Zulage davon abhängig gemacht wird, ob die behinderte Person in einem Institut untergebracht ist und nur dann diese Zulage gewährt wird. Das könnte nicht der Sinn des Artikels sein. Wenn wir im Sinne der Einbringer des Änderungsantrages diesen Passus streichen, dann glaube ich wird der Artikel weniger eingeschränkt und die Zulage kann in jedem Fall gewährt werden, ob der Behinderte zu Hause ist oder ob er anderswo unter Umständen untergebracht ist. Wenn ich das so richtig interpretiere, Herr Assessor Romano, dann müßte man dem Änderungsantrag zustimmen.

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il collega Morandini, prego.

MORANDINI: Le chiedo se in questa fattispecie lei potrebbe un attimo derogare alla nostra disciplina procedimentale in questo senso: alcuni di noi hanno posto precise domande alla Giunta, proprio con riferimento al problema sollevato dall'emendamento in discussione. Allora la proposta che faccio è questa: che la Giunta risponda e poi alla risposta attiviamo e concludiamo brevemente il dibattito prima della votazione dell'emendamento, diversamente stiamo parlando su qualche cosa che è un po' magmatico, nel senso che non sappiamo oggi quale è di fatto la disciplina nella specie, anche dal punto di vista finanziario, dei soggetti ospitati negli istituti di cui è menzione nell'emendamento.

Grazie Presidente.

PRESIDENTE: Vorrei accogliere, ma non posso derogare dal regolamento e dalla prassi, anche perché darei modo ad altri di avanzare la stessa richiesta, abbiamo modo di poterci confrontare, è chiaro che ognuno può intervenire.

Ha chiesto la parola la cons. Klotz, per la seconda volta.

KLOTZ: Herr Präsident, ich bin nicht sicher, ob es diesbezüglich nicht in der Vergangenheit Fälle gegeben hat, in denen der Assessor präzisiert hat und daß sich dann

aufgrund der Auslegung und aufgrund der Antworten doch ein anderes Bild ergeben hat, auf das entsprechend zu reagieren ist.

Ich möchte Sie ersuchen, das abzuklären ob es nicht möglich ist. Wenn nicht, muß ich wirklich sagen die Fragen, die hier aufgeworfen worden sind betreffend die Interpretation dieses 5. Absatzes, sind sehr wichtig, denn wenn nun jene Familien dadurch benachteiligt werden, die einen schweren Fall von Behinderung haben und gänzlich dafür aufkommen müssen, dann ist das eine andere Sache als wenn es sich um Familien handelt, die wenn sie den entsprechenden Behinderten oder das entsprechende Kind in ein Institut, in ein spezielles Heim geben, dadurch sozusagen noch belohnt würden.

Das sind wirklich zwei ganz verschiedene Interpretationen und so muß ich meine Aussage von früher insofern revidieren, als ich das Abstimmungsverhältnis abhängig machen muß von der Erklärung und der Interpretation, die der Assessor Romano jetzt gibt, denn da könnte es tatsächlich sein, daß man etwas meint und dann das Falsche tut, weil man aus dem eigenen Verständnis heraus das vielleicht einseitig gelesen hat. So wie der Absatz 5 zumindest auf deutsch formuliert ist, könnte er tatsächlich ganz unterschiedlich interpretiert werden. Da steht: Den Kindern und diesen gleichgestellten behinderten Personen wird die Zulage unabhängig von der Altersgrenze und von der Zusammensetzung der Familie und der Unterbringung in spezialisierten Instituten gewährt. Ich weiß jetzt eben nicht - und das ist das Ausschlaggebende - zu wessen Kosten bis zum Schluß diese Unterbringung geht.

Vielleicht könnten wir, Herr Präsident, eine kurze Unterbrechung machen, um uns hier auch innerhalb der Minderheiten abzuklären, aber zunächst wäre die Antwort des Assessors wichtig. Ich ersuche, daß wir dann eine kurze Unterbrechung haben könnten aufgrund derer wir uns hier besprechen können.

PRESIDENTE: Non sono contrario, ma non essendoci la disponibilità della Giunta la sospensione non porterebbe alcun vantaggio al dibattito.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Ha chiesto la parola l'assessore Romano, prego.

ROMANO: Per chiarire la portata di questo emendamento. Quando parliamo di ricoveri in istituti specializzati, per rispondere al collega Achmüller, è una precisazione necessaria, poi discutiamo del merito, perché la persona non è nel nucleo familiare, per cui se noi parliamo di nucleo familiare, automaticamente non operando questa scelta, sarebbe escluso chi è negli istituti specializzati, perché non è nel nucleo familiare, di regola se sono istituti sono via dal nucleo familiare. Questo è uno dei motivi per cui l'abbiamo messo.

Per quanto riguarda poi il pagamento, di regola chi è ricoverato in istituti è invalido totale e quindi gode dell'assegno di pagamento e di un eventuale pensione. Dovremmo comportarci così, poi possiamo fare anche una verifica, solo per redditi medio alti la famiglia è tenuta a contribuire, mentre nella maggior parte dei casi con il loro avere pensionistico e con il contributo della Provincia le famiglie vengono

totalmente spese. Quindi solo a partire da un certo reddito la famiglia interviene, altrimenti non interviene.

Quindi sotto questo aspetto potremo anche essere d'accordo nell'accogliere l'emendamento.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento Pinter.. E' stata chiesta la verifica del numero legale sulla votazione.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 30 voti favorevoli e 3 voti contrari, non essendoci il numero legale sospendo i lavori.

Il Consiglio è convocato per le ore 15.00.

La seduta è sospesa. Buon appetito.

(ore 12.39)

(ore 15.09)

Vorsitz Präsident Peterlini

Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir wiederholen jetzt die Abstimmung über den Abänderungsantrag vom Abgeordneten Pinter mit der Nummer 10, links unten numeriert. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt.

Wer mit dem Antrag Pinter einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte, zählen. Wer ist dagegen? 6 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimmenthaltungen. Mit 39 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen ist der Abänderungsantrag des Abgeordneten Pinter genehmigt.

Frau Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Herr Präsident, ich weiß nicht, ob es jetzt mit der Prozedur so richtig ist. Ich wollte nur eine sprachlich Veränderung bei dem Absatz vorschlagen, den wir gerade besprochen haben. Soll ich das jetzt vorbringen?

Ich glaube, es ist einfach aus dem italienischen Text falsch übersetzt. Ich lese jetzt den Absatz vor. Da heißt es im deutschen Text, den Kindern und diesen gleichgestellten behinderten Personen wird die Zulage unabhängig von der Altersgrenze usw. gewährt. Auf italienisch heißt dieser Absatz, i figli ed equiparati disabili. Es ist das Wort „disabili“ auf beide Personengruppen bezogen und ich glaube im deutschen Text müßte es heißen, „den behinderten Kindern und diesen gleichgestellten Personen“. Ich

habe es lange überlegt zu Hause und bin lange nicht hinter den Inhalt gekommen und ich würde vorschlagen, daß man diese Übersetzung sprachlich verbessert.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete, wir werden es kontrollieren und werden dem, wenn es rechtlich in Ordnung ist, Rechnung tragen.

Wir kommen jetzt zum Blatt Nr. 11, Abänderungsantrag vom Abgeordneten Pinter und anderen und immer zu Buchstaben f).

Alla lettera f) della nuova formulazione proposta per il comma 1, al comma 6 della nuova formulazione dell'articolo 14 della legge regionale 4/1992, le parole „secondo figlio“ sono sostituite le parole „primo figlio“.

Le allegate tabelle B e C sono modificate di conseguenza.

DENICOLO': Antrag auf Abänderung des von Assessor Romano eingebrachten Änderungsantrags zu Art. 1

Im Buchstaben f) der neuen für Absatz 1 vorgeschlagenen Formulierung werden im Absatz 6 der neuen Formulierung des Art. 14 des RG Nr. 4/1992 die Worte „zweiten Kind“ durch die Worte „ersten Kind“ ersetzt.

Die beiliegenden Tabellen B und C werden entsprechend abgeändert.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich dazu zu Wort? Der Abgeordnete Pinter hat das Wort zur Erläuterung.

PINTER: Grazie Presidente. Le ragioni di questo emendamento sono presto dette, in altre parole propongo di estendere i benefici, previsti dall'art. 14 della legge 4/1992, anche al primo figlio, in quanto non vedo perché, se noi dobbiamo farci carico di aiutare la famiglia, questo intervento a sostegno debba essere supportato soltanto in presenza di una prole numerosa. Da questo punto di vista credo che siamo nella condizione di sostenere la famiglia, a prescindere dal numero dei figli e quindi credo che questa dizione, che praticamente sostituisce la parola “secondo figlio” con la parola “primo figlio”, possa andare nella direzione di un effettivo aiuto, soprattutto se consideriamo le famiglie con un solo genitore, dove avere un figlio a carico per un solo genitore è equivalente o anche superiore alle famiglie con due figli e due genitori.

PRÄSIDENT: Danke. Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Brevemente Presidente, ma anch'io vorrei sostenere questo emendamento, devo dire che non ho mai condiviso il fatto che l'assegno al nucleo venga dato per i figli dal terzo in poi, perché credo che si tratti di una realtà poco diffusa, soprattutto nei centri e mi pare che questa sia una politica di espansione demografica, che francamente mi pare sia opportuna nell'equilibrio generale della nostra provincia.

Penso che sarebbe giusto, già nelle condizioni normali che l'assegno al nucleo venisse dato già per il secondo figlio, che spesso è la realtà delle nostre città, dove le famiglie si limitano ad un figlio solo, proprio perché, a parte il fatto che le case sono troppo piccole, i costi sono alti e quindi non ci si può permettere di comperarne una più grande, lo stesso istituto per le case sociali, ad esempio in provincia di Bolzano, costruisce case molto piccole, con degli standard assolutamente sempre rispettosi del minimo, però la realtà vera, quello che manca e che fa soffrire anche le famiglie è il passaggio dal primo al secondo figlio, molte famiglie non se lo possono permettere. Naturalmente contribuisce a questo la scarsità e la bassa qualità dei servizi sociali, come sappiamo la provincia di Bolzano è sempre ai primi posti delle classifiche del "Sole 24 Ore" per quello che riguarda redditi, oppure occupazione, ma è al cinquantesimo per quello che riguarda i servizi sociali.

Queste sono sicuramente cose che influiscono e non credo neppure che si possa convincere una famiglia a fare dei figli solo offrendo qualche soldo ogni mese, anche questo credo non sia sicuramente una cosa determinante, però visto che qui si tratta di distribuire del denaro, allora ritengo che in generale dovrebbe essere proprio guardare la realtà e quindi questo problema del passaggio dal primo al secondo figlio e non tanto andare verso il terzo, quarto, quinto, ecc.

Nel caso particolare sono d'accordo con la proposta del cons. Pinter, che segnala una particolare difficoltà di tipo economico per le famiglie monoparentali, è chiaro che lì anche la presenza di un solo figlio costituisca una situazione bisognosa di sostegno e di aiuto.

Quindi anche questa è una domanda che potrei rivolgere all'assessore Romano, ma forse non so se lui sa rispondere per tutte due le province o soltanto per una, più che una domanda è una curiosità, da quello che mi consta gli assegni al nucleo vengono poi detratti dall'integrazione del minimo vitale, conosco delle situazioni particolarmente difficili, ad esempio ultimamente una donna sola con quattro figli, che riceve gli assegni per nucleo e però questo gli viene detratto dal minimo vitale, cosa che mi sembra veramente un po' assurda, qui si tratta di far risparmiare la Provincia che dà il minimo vitale, attraverso il contributo dell'assegno al nucleo, che viene dato attraverso i soldi passati alle Province dalla Regione.

Quindi effettivamente certe volte noi pensiamo di dare un aiuto reale, poi in realtà è solamente un conteggio diverso, comunque sono d'accordo del fatto di tenere conto della realtà, che sicuramente è sempre difficile quando c'è una persona sola con un figlio sicuramente ha anche bisogno di lavorare e si desidera avere più tempo libero per il figlio e questi che abbia un'integrazione e quindi, conoscendo poi gli esempi reali, ritengo necessaria la modifica proposta dal cons. Pinter.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Nel condividere questo emendamento, chiedo anche se la descrizione, così come espressa al punto 6 dell'emendamento dell'assessore Romano, dove si dice: "in cui sia presente", è corretta o se va riscritta, perché la

presenza potrebbe essere definita dallo stato civile, cioè dal fatto che sia presente sullo stato di famiglia, quindi più che presente sia composta, perché la parola presente” non so se sia esatta rispetto a quel ragionamento che si faceva in merito alla legge sul diritto di famiglia.

L'emendamento pone una scelta diversa rispetto a quanto proposto dall'assessore, laddove si dice: “a partire dal secondo figlio”. Lo so che il mondo si può dividere tra chi sta da una e dall'altra parte del fiume, però mi sembra più corrispondente al messaggio che vogliamo dare al contenuto della legge, a partire dal primo figlio, perché questo è un intervento che riconosce un certo tipo di necessità, bisogno, comunque intervento della società a favore delle famiglie che hanno una componente sola come aspetto genitoriale.

Le differenze economiche non penso siano molte, rispetto a quelle preventivate dall'assessore, quindi nel progetto di modifica alla legge, dobbiamo tener conto comunque che il principio non dovrebbe sancire a partire dal secondo figlio, come se il primo fosse un caso naturale diverso. Siccome l'emendamento al punto 6 recita: “dal secondo figlio”, noi vorremo che fosse portato al primo, proprio perché ci sembra equo riconoscere a questo stato di bisogno alcun limite di prole.

Chiedo se l'assessore può chiarire, almeno dal punto di vista del preventivo economico, se questo possa essere considerata una pregiudiziale, il conto non lo abbiamo sottomano, noi della presenza delle famiglie composte da un solo genitore e quindi sapendo questo possiamo anche essere sprovvisti da una valutazione economica, ma dal punto di vista del principio ritengo sia di valore fondamentale dichiarare questo stato di bisogno nel componente la famiglia di un figlio con la presenza di due o di un solo genitore.

PRÄSIDENT: Danke. Die Abgeordnete Klotz hat das Wort.

KLOTZ: Zunächst einmal möchte ich den Herrn Assessor fragen, ob er eine Art Überblick hat, wieviele Beitragsberechtigte in diese Regelung hineinfallen könnten, um wieviele Prozent es sich ungefähr handelt?

Das bisherige Gesetz hat vorgesehen, daß den Inhabern des im Gesetzes Nr. 153 vorgesehenen Familiengeldes sowie den Antragstellern, deren Familie eine gewisse Einkommensgrenze nicht überschreitet, eine monatliche Zulage in Höhe von 50.000.-Lire für das dritte Kind und weitere minderjährige Kinder bzw. für volljährige studierende Kinder zuerkannt wird. Im neuen Text und das ist bereits eine Verbesserung, wird ausdrücklich einer Situation Rechnung getragen, die immer häufiger eintritt, nämlich alleinerziehende Mütter. Natürlich sind es mehr alleinerziehende Mütter, aber es gibt auch alleinerziehende Väter, wenn beispielsweise die Mutter früh gestorben ist oder wenn andere Situationen Scheidung, Trennung usw. entstehen. Es ist also bereits eine Verbesserung und damit wird tatsächlich einer gesellschaftlichen Veränderung Rechnung getragen, nämlich daß es immer mehr Alleinerziehende gibt und sehr häufig gerade diese alleinerziehenden Mütter oder Väter ins größte Dilemma kommen, weil sie für den Unterhalt, auch wenn es nur ein Kind ist, nicht mehr

aufkommen können, wenn sie nicht ihrer Arbeit nachgehen. Auch wenn sie zur Arbeit gehen, müssen sie auf jeden Fall für die Aufsicht des Kindes entweder eine andere Person anstellen oder das Kind in einen Kinderhort geben oder einer Tagesmutter anvertrauen. Das sind leider Situationen, die vermehrt auftreten. Ob wir es vom Standpunkt der seelisch, psychologischen Entwicklung gut finden oder nicht, diese Situationen gibt es vermehrt.

Der Änderungsantrag geht jetzt dahin, daß man einem alleinerziehenden Elternteil die Zulage nicht erst ab dem zweiten Kind geben soll, sondern bereits für das erste Kind oder für das Einzelkind. Ich bin in diesem Zusammenhang für eine großzügige Regelung. Ich würde aber den Assessor ersuchen, sofern er eine Aufstellung hat oder einen Überblick, in etwa abzuschätzen wieviele davon betroffen sind d.h. auch wieviel Ansuchen mehr damit zu erwarten sind.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen? Abgeordneter Romano, bitte.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Proprio per questo aspetto così importante degli assegni familiari devo fare una riflessione, che abbiamo fatto insieme ai colleghi Morandini, Saurer e Conci. Credo che non sfuggirà a nessuno il salto di qualità che questa norma propone, oggi abbiamo 50 mila lire a partire dal terzo figlio, cioè un livellamento ed un appiattimento, era una legge buona per il suo tempo, per carità, però una riflessione con i colleghi Morandini, Saurer e Conci l'abbiamo fatta, che questo momento andava superato, 50 mila lire, più o meno a pioggia, che per qualcuno poteva significare qualche cosa, per altri non significava niente, un pacchetto di sigarette al giorno!

Quale è stata la modifica, veramente, che ripeto, è un salto di qualità, preparare delle tabelle collegando il numero dei componenti il nucleo familiare ed il reddito e quindi il modo direttamente proporzionale.

Non abbiamo inventato niente, perché queste tabelle sono le stesse previste a livello nazionale, perché siamo stati in grande imbarazzo nel dover pensare a qualche cosa di diverso, abbiamo detto, a livello nazionale, in situazioni di questo genere, percepiscono questi assegni, che la Regione integra con un assegno di pari importo.

Volevo quindi sottolineare il capovolgimento completo della filosofia, veramente questa normativa supplisce ad uno stato di bisogno, perché le cifre a livelli bassi sono considerevoli, perché possono arrivare anche ad alcune centinaia di migliaia di lire, rispetto alle 50 mila lire date a tutti. Solamente per sottolineare questo aspetto importante.

Poi abbiamo fatto un altro ragionamento e qui vengo al disegno del collega Pinter, oggi si parte dal terzo figlio, in realtà le situazioni sono diversificate, abbiamo la famiglia "normale", in cui ci sono i due genitori e quindi l'assegno parte dal terzo figlio, sia pure con importi differenti, poi abbiamo la situazione con un solo genitore e la situazione con un figlio disabile, ecco perché diversifichiamo, nella situazione normale dal terzo figlio, nella situazione in cui c'è un solo genitore con un figlio "normale", partiamo dal secondo, nel caso di figlio disabile partiamo addirittura dal primo.

Accettare l'emendamento Pinter significherebbe discriminare questa scaletta che abbiamo proposto, equiparando caso mai la famiglia con un solo genitore alla famiglia con un solo genitore e figlio disabile, a questo punto dovremmo preparare una successiva ipotesi della famiglia in cui c'è un solo genitore con un figlio disabile.

Non è soltanto un problema di costi che pure c'è, è un problema di equità, nel senso che abbiamo previsto la famiglia con il figlio disabile si parte subito, quindi dal primo figlio, nella famiglia in cui c'è un solo genitore si parte dal secondo figlio, nella famiglia con due genitori dal terzo figlio. Quindi è stato solo un tentativo, per carità, di creare un sistema di giustizia per queste tre ipotesi: disabile, un solo genitore, due genitori.

Il collega Pinter deve darmi atto che molte cose sono state accettate, sia per un problema di costi, che per un problema di giustizia, noi purtroppo siamo contrari all'emendamento Pinter.

PRÄSIDENT: Danke. Damit ist die Diskussion abgeschlossen. Wir stimmen ab. Die Feststellung der Beschlußfähigkeit wird verlangt.

Wer für den Abänderungsantrag des Abg. Pinter und weiterer Abgeordneter stimmt, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 15 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Nr. 12. Der ist auszusetzen.

Bitte, Frau Abgeordnete Kury.

KURY: Im Artikel, den wir gerade besprechen, gibt es unter dem Buchstaben f) im Absatz 1 noch einmal einen Übersetzungsfehler. So scheint es mit jedenfalls. Auf die Frage, ab dem wievielten Kind jemand die Ergänzungszulage bekommt, steht im deutschen Text „ab“ anstatt „nach dem bzw. der zweiten“. Das würde bedeuten, daß für das zweite Kind eine Familie eine Ergänzungszulage bekommt und im italienischen Text heißt es „oltre il secondo“. Ich befürchte es gilt der italienische Text. Lieber hätten wir den deutschen Text.

PRÄSIDENT: Ich habe schon verstanden, aber nachdem sowieso der italienische Text ausschlaggebend ist, ist es besser wir tun gleich die Zweifelsfälle eliminieren. Danke für die Bemerkung.

Der Abänderungsantrag mit der Nr. 12 wird ausgesetzt und dann kommen wir jetzt zur Nr. 13 des Abgeordneten Pinter und weiteren. Es wird nur der obere Teil behandelt.

Emendamento all'emendamento all'art. 1

Alla lettera g) del comma 1, all'interno della nuova formulazione proposta per l'art. 15 della legge regionale 4/1992, il comma 1 è sostituito dal seguente:

„1. Le persone che esercitano attività lavorativa autonoma possono accedere alle provvidenze di cui all'articolo 14 qualora ne facciano domanda e versino annualmente alla Provincia autonoma territorialmente competente il contributo previsto all'art. 7, a decorrere dal 1 gennaio 1998, o dall'inizio dell'attività lavorativa autonoma, se successivo.“

DENICOLO': Änderungsantrag mit der Nummer 13 vom Abgeordneten Pinter und anderen.

Im Buchstaben g) des Absatzes 1 wird innerhalb der neuen für Art. 15 des RG 4/1992 vorgeschlagenen Formulierung Absatz 1 wie folgt ersetzt:

„1. Die selbstständigen Erwerbstätigen können den im Artikel 14 vorgesehenen Maßnahmen beitreten, sofern sie einen Antrag stellen und bei der gebietsmäßig zuständigen autonomen Provinz ab 1. Jänner 1998 oder ab Beginn der selbstständigen Arbeitstätigkeit, falls diese nachträglich beginnt, alljährlich den im Art. 7 vorgesehenen Beitrag einzahlen.“

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Pinter hat das Wort zur Erläuterung, bitte.

PINTER: Lo scopo dell'emendamento è quello di ripristinare la situazione attualmente contenuta nella legge, vale a dire il fatto che per i lavoratori autonomi, che vogliono accedere all'assegno familiare, debbono versare i contributi previsti dalla legge, mentre con la proposta dell'assessore Romano verrebbe cancellato questo versamento, in altre parole verrebbe riconosciuta questa possibilità ai lavoratori autonomi, eguagliandoli ai lavoratori dipendenti, però venendo a mancare il presupposto base dell'equiparazione, perché sull'assegno familiare è chiaro che il trattamento retributivo dei lavoratori dipendenti è una fattispecie diversa da quella dei lavoratori autonomi.

A meno che l'assessore abbia delle buone argomentazioni per motivare quella che era contenuta nella legge all'inizio e che era contenuta negli emendamenti Saurer, vorrei capire le ragioni del perché si vuole togliere questo versamento del contributo per i lavoratori autonomi.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist Assessor Romano.

ROMANO: Grazie Presidente. Brevemente per due motivi, questa è la situazione attuale, in base alla quale si iscrive solo chi ha tre figli e basta e quindi si ricade in quel meccanismo un po' contorto, in base al quale ti dà 100 mila lire all'anno e tu mi dai 50 mila lire al mese, quindi o si costringe il lavoratore autonomo ad iscriversi da subito, quindi da quando non è coniugato, non ha figli, o non pensa di averne, altrimenti il meccanismo diventa molto contorto ed ingestibile.

A parte questo aspetto tecnico importante, sottolineo una cosa che per noi è fondamentale, come cambia il discorso dell'accertamento del reddito, perché uno dei

motivi, me lo ricordo con il collega Morandini ne avevamo discusso a suo tempo nel 1992-93, uno dei motivi per i quali mettemmo il contributo per gli autonomi è stata sempre quella presunta ingiustizia rispetto al lavoratore, che deve dichiarare tutto il suo reddito, mentre il lavoratore autonomo potrebbe non farlo.

Allora si è detto: partendo dal presupposto che il lavoratore autonomo potrebbe non essere fedele, con la sua situazione reddituale, mettiamoli un contributo. Questa legge capovolge completamente il sistema, laddove prevede la valutazione del reddito fiscale e patrimoniale, in base poi ad un regolamento da emanare, ovvero tutti devono contribuire in base a quello che hanno sotto tutti gli aspetti e allora la domanda che ci siamo fatti: se tutti devono contribuire e se tutti vengono ad essere messi sullo stesso piano, cade la differenza fra lavoratore autonomo e lavoratore dipendente, per cui il lavoratore autonomo, qualora avrà quel reddito accertato patrimoniale, avrà gli stessi diritti del lavoratore dipendente, perché discriminarlo?

Una volta forse con la cultura del sospetto poteva avere un certo valore, ma se abbandoniamo la cultura del sospetto, in base al quale il reddito familiare sarà quello effettivo e non solo quello dichiarato dal fisco, il lavoratore autonomo è esattamente uguale sotto il profilo reddituale al lavoratore dipendente e non si vede motivo di discriminarlo. La discriminazione avrebbe senso solo nell'ipotesi in cui non credessimo al reddito dell'autonomo, ma se mettiamo in atto gli strumenti di verifica del reddito patrimoniale, non c'è alcuna differenza fra lavoratore autonomo e lavoratore dipendente, per cui o pagano tutti o non paga nessuno.

PRÄSIDENT: Danke. Wir stimmen damit über den Antrag ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte, zählen. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt und die Beschlußfähigkeit knapp gegeben. Ich sage das nur all jenen, die da zusätzliche Sitzungen wollen, denn wenn das so weitergeht, dann müssen wir froh sein wenn die normalen Sitzungen abgewickelt werden.

Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ: Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten. Es geht nicht darum, ob man zusätzliche Sitzungen will oder nicht. Es geht darum wie wichtig man dieses Gesetz und dieses Familienpaket nimmt. Bitte, wenn Sie das beim nächsten Mal in diesem Sinne präzisieren. Es geht nicht darum ob man mehr Sitzungen will, sondern wie ernst man diese Arbeit und dieses Sozialpaket nimmt.

PRÄSIDENT: Natürlich, Frau Abgeordnete Klotz. Ich habe nur Bezug genommen auf die Forderung der zusätzlichen Sitzungen, weil man es einerseits fordert und dann andererseits nicht im Saale ist, das ist auf jeden Fall ein Widerspruch.

Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Herr Präsident und Herr Assessor, bei dem selben Artikel unter dem Buchstaben k) unter dem Titel „Betreuungszulage“, Absatz 1 wird definiert, wer eine

Betreuungszulage erhalten kann. Wir wissen ja, daß die Neuerung in diesem Gesetz folgende ist, daß die Betreuungszulage ab dem 4. Monat bis zur Vollendung des 2. Jahres ausgezahlt werden kann. Ich habe große verfassungsmäßige Bedenken, ob hier die Einschränkung, daß nur Frauen diese Betreuungszulage erhalten können, wie der momentane Text das formuliert, gelten kann. Ich würde hier vorschlagen im Sinne der Chancengleichheit für die Männer, daß hier das Wort „die Frauen“...

Herr Assessor, ich habe noch keinen Änderungsantrag dazu erhalten. Haben sie einen dazu eingebracht? Danke.

PRÄSIDENT: Nachdem Frau Abgeordnete Kury recht hat und jede andere Formulierung verfassungswidrig ist und ich als Präsident es sowieso nicht zulassen darf, daß Anträge, die verfassungswidrig sind, zur Abstimmung kommen, nehme ich den Antrag 15 gleich vorweg und korrigiere ihn von Amts wegen. Überall dort wo „Frauen“ steht - mit Ausnahme der Geburtzulage - kommt das Wort „Personen“ hinein. Ich sehe keine Widersprüche und damit ist das genehmigt. Die Anträge 13 und 14 sind ausgesetzt, Nr. 16 verfällt und wir kommen jetzt zu 16bis, ein Antrag des Assessors Romano.

Il comma 2 dell'articolo 18 è soppresso.

Im Artikel 18 wird der Absatz 2 aufgehoben.

Der Abgeordnete Morandini hat das Wort. Bitte, Abgeordneter.

MORANDINI: Grazie. E' stato depositato pochi minuti fa, signor Presidente, un emendamento firmato da 11 consiglieri, se non ricordo male, intervengo perché sono il primo firmatario, che fa una proposta alternativa e che viene quindi logicamente prima, una proposta mediatrice all'emendamento che lei voleva si iniziasse la discussione in questo momento, cioè l'emendamento 16/bis a firma dell'assessore Romano.

Mi dicono che si è in corso di traduzione, allora chiedo Presidente, dato che questo emendamento viene logicamente prima e deve essere discusso dal Consiglio e votato prima dell'emendamento Romano, di sospendere il brevissimo tempo necessario per completare la traduzione, che probabilmente è già in fase di completamento, perché possa essere distribuito e discusso. Grazie.

PRÄSIDENT: Bitte, Frau Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Scusi, in generale non si discutono prima gli emendamenti soppressivi? Quindi dovrebbe essere posto in discussione prima quello soppressivo di Romano e poi nel caso che venga respinto ci sarebbe l'altro, per cui credo che il cons. Morandini dovrebbe dire che cosa propone, così si capisce se dobbiamo aspettare quello, oppure se nel frattempo votiamo quello in esame.

PRÄSIDENT: Damit haben Sie mir die Antwort vorweggenommen. Danke, Frau Abgeordnete Zendron. Es hat also der aufhebende Artikel Vorrang, denn wenn der Artikel aufgehoben wird, dann brauchen wir auch keine Abänderung mehr, aber wenn die Aufhebung abgelehnt wird, dann kommt natürlicherweise Ihrer dran.

Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Grazie Presidente. L'emendamento che è in corso di distribuzione, spero almeno, recita sostanzialmente...

(il Presidente interrompe)

MORANDINI: Prego? Non ho capito? E' giusta la richiesta Presidente, di fatto per questa ragione ho chiesto la sospensione un attimo, perché possa essere distribuito ai colleghi e si possa prenderne visione.

PRÄSIDENT: Nachdem er jetzt nicht behandelt wird, brauchen wir ihn jetzt auch nicht zu übersetzen und wenn er behandelt werden muß, weil der Antrag des Assessors Romano nicht durchgeht, dann haben wir Zeit ihn zu übersetzen, notfalls setze ich dann kurz aus.

Ich gebe das Wort Assessor Romano zur Erläuterung seines Antrages. Bitte, Assessor Romano.

ROMANO: E' semplice, non vorrei riaprire la diatriba, con il collega Morandini, mi dispiace, è la stessa questione dell'assegno di maternità, è prevista un'anzianità per godere anche dell'assegno di cura, quindi è lo stesso criterio di quello che abbiamo discusso stamattina, non voglio aggiungere altro.

PRÄSIDENT: Danke. Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Mi pare che procedura corretta sarebbe, signor Presidente, che comunque i signori consiglieri avessero copia dell'emendamento che è stato depositato a firma di 11 colleghi e poi su questo si ragiona avendo comunque davanti questo anche sulla proposta di emendamento soppressivo fatta dall'assessore Romano, perché questo tocca una questione estremamente importante, quindi le chiedo la cortesia, signor Presidente, di sospendere un attimo perché sia completata la traduzione e possano vedere i colleghi, visto che si tratta di una questione importante, l'emendamento così come è formulato, in modo che poi si possa compiutamente discutere anche in merito all'emendamento soppressivo, proposto dall'assessore Romano.

PRÄSIDENT: Wir setzen den Artikel aus und gehen weiter mit dem Antrag Nr. 17.

Abgeordneter Panizza, bitte.

PANIZZA: Presidente, non credo corretto procedere alla votazione di quello che è stato proposto, se non si conosce il contenuto dell'emendamento presentato dal cons. Morandini, che ho sottoscritto anch'io, perché uno che non lo conosce può orientarsi diversamente nella votazione.

PRÄSIDENT: Ich habe ihn bereits ausgesetzt. Wir kommen jetzt zu diesem Antrag Nr. 17 vom Abgeordneten Pinter und anderen

Emendamento all'articolo 1 presentato dall'Ass. Romano

Alla lettera k) della nuova formulazione proposta per il comma 1, al comma 1 della nuova formulazione dell'articolo 18 della legge regionale 4/1992, è aggiunto il seguente comma:

„1-bis. Nel caso di nucleo familiare in cui sia presente un solo genitore, l'assegno di cura è aumentato del 50 per cento“.

DENICOLO': Antrag auf Abänderung des Änderungsantrags zu Art. 1, eingebracht vom Abgeordneten Pinter und anderen.

Im Buchstaben k) der neuen für Absatz 1 vorgeschlagenen Formulierung wird im Absatz 1 der neuen Formulierung des Art. 18 des RG Nr. 4/1992 der nachstehend angeführte Absatz hinzugefügt:

„1bis. Im Falle von Familien mit nur einem Elternteil wird die Betreuungszulage um 50 Prozent erhöht.“

PRÄSIDENT: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Pinter zur Erläuterung. Bitte, Abgeordneter.

PINTER: Questo emendamento rientra nella logica che aveva sorretto il precedente, peraltro respinto dall'assessore competente, in quanto ritengo che in quel discorso, fatto dal cons. Alessandrini stamani, laddove parlava della necessità di selezionare gli stati di bisogno e quindi di dare risposte prioritarie a coloro, i quali si trovano in una situazione di maggiore bisogno, ebbene credo che in qualsiasi testo di analisi sociologica odierno, dimostrerebbe in modo lampante che non solo si è trasformata la composizione dei nuclei familiari negli ultimi anni, ma che soprattutto abbiamo una serie di situazioni familiari con la presenza di un solo genitore, dove lo stato di bisogno, non solo economico, è più forte che non in qualsiasi altro nucleo familiare.

In altre parole il discorso della solidarietà si esprime meglio sul nucleo familiare in grado di assistere i figli, mentre nel caso di un solo genitore il vincolo di solidarietà, quindi la situazione di necessità economica è indubbiamente più forte e le possibilità sussidiarie sono più deboli.

Allora in virtù di questo motivo, pur rimanendo la riserva totale su quello che riguarda il contenuto di questa legge, vale però in ogni caso la pena sottolineare

quegli interventi che con più probabilità raggiungono situazioni di bisogno economico. Allora ritengo che differenziare tra l'assegno erogato alle famiglie con situazione normale, con due genitori e quelle con un solo genitore, credo che le situazioni con un solo genitore, che non credo siano situazioni artificiali, ma situazioni spesso dettate da vedovanza o situazioni di ragazze madri o comunque situazioni di difficoltà familiare, siano situazioni più meritevoli di intervento economico rispetto alle altre, quindi avrebbero bisogno di questa sottolineatura anche in termini di quantità.

PRÄSIDENT: Danke. Wer meldet sich zu Wort? Der Abgeordnete Morandini hat das Wort. Bitte, Abgeordneter.

MORANDINI: Grazie Presidente. Dò atto comunque del buon lavoro svolto con l'assessore Romano, l'altro proponente del disegno di legge l'assessore Saurer per la sua parte ed il sottoscritto ed altri colleghi per la nostra in merito a questo problema, cioè nel disegno di legge che abbiamo presentato è stata proposta una modifica sostanziale dell'assegno di cura, per prevedere un intervento efficace basato sui reali bisogni.

Dico che sono favorevole a questo emendamento del cons. Pinter, che però trovo contraddittorio, contrarietà che a suo tempo aveva rilevato lo stesso consigliere, allorquando si propose di portare a tre anni l'assegno di cura, cons. Pinter, perché questo è un emendamento che condivido e ne condivido anche la logica, ma con le stesse ragioni e per gli stessi motivi, perché di bisogno si tratta egualmente, non a carattere materiale, ma bensì di tipo educativo e comunque è doveroso offrire una possibilità di scelta di fronte ad una domanda forte, che interpella molte volte i genitori; avrei visto altrettanta coerenza se ci fosse stata l'espressione del voto favorevole anche alla proposta di emendamento che avevamo proposto, che il Consiglio ha respinto a maggioranza, non accettando di portare l'assegno di cura a tre anni.

Sono intervenuto prima dell'assessore, perché una volta intervenuto in replica l'assessore Romano non ci è più consentito intervenire sull'articolo e quindi volevo sentire le motivazioni della Giunta, ma comunque personalmente condivido la logica ed il contenuto di questo emendamento.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt. Wer für den Antrag stimmt, möge bitte die Hand erheben. Bitte zählen. Wer stimmt dagegen? 24 Nein-Stimmen und wer enthält sich der Stimme? Einer, damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben. Bei 12 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt. Wir kommen damit zum nächsten Antrag Prot. Nr. 10742, Nr. 18, unterzeichnet von den Abgeordneten Feichter, Messner, Saurer, Achmüller, Pahl, Atz, Willeit und anderen.

La proposta di emendamento all'art. 1 lett. k (assegno di cura) del disegno di legge regionale n. 63/XI è modificata come segue:

Al sesto comma, le parole „è altresì corrisposta in misura intera“ sono sostituite dalle parole „è altresì corrisposta in misura intera ai richiedenti appartenenti ai

nuclei familiari nei quali sia presente un solo genitore, nonché dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni che operino in aziende in condizioni particolarmente sfavorite sul territorio regionale e“.

DENICOLO': Der Abänderungsantrag zum Art. 1 Buchst. k (Betreuungszulage) des Regionalgesetzentwurfes Nr. 63/XI wird folgendermaßen geändert:

Im Absatz 6 werden die Worte „außerdem zur Gänze an jene ausbezahlt“ durch die Worte „außerdem zur Gänze an Antragsteller aus Familien mit nur einem Elternteil ausbezahlt, sowie an Antragsteller aus Familien der Bauern, Halb- und Teilpächter, die in Betrieben tätig sind, welche sich in einer besonders ungünstigen Lage im Gebiet der Region befinden, schließlich an jene,“.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Gasperotti. Bitte, Abgeordneter.

GASPEROTTI: Presidente, se lo illustrano io lascio la parola.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Saurer, bitte.

SAURER: Hier wird nur der derzeit geltende Gesetzestext wieder hergestellt, und zwar sagen wir, daß die Beschäftigung der Frauen oder derjenigen, die in den Genuß des Erziehungsgeldes kommen, mit den 72 Tagen kompatibel ist, aber auch das Erziehungsgeld wird denjenigen gegeben, die in der Landwirtschaft tätig sind und natürlich in erster Linie den Frauen und denjenigen, die Alleinerzieher sind. Infolgedessen wird im Vergleich zur jetzigen Gesetzeslage nichts geändert, die jetzige Gesetzeslage wird nur durch die Abänderung des Vorschlags Romano wieder hergestellt.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Kury.

KURY: Ein Frage an den Landesrat. Nach welchen Kriterien wurde formuliert, wann sich Betriebe in besonders ungünstigen Lagen im Gebiet der Region befinden? Dieser Artikel definiert ja, daß die Betreuungszulage zur Gänze ausgezahlt wird an Bauern, Halb- und Teilpächter, die in Betrieben tätig sind, die sich in einer besonders ungünstigen Lage im Gebiet der Region befinden. Meine Frage: Gibt es da Durchführungsbestimmungen, Kriterien, zumal Landesrat Saurer vorher gesagt hat, daß es bereits im jetzigen Text so gehandhabt wurde, dann wird es wohl ein Kriterium dafür geben. Ich ersuche um Auskunft darüber.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Gasperotti hat das Wort. Bitte, Abgeordneter.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Il criterio adottato e sostenuto dall'assessore Romano del requisito “reddito”, che toglie di mezzo qualsiasi possibile interpretazione clientela o favore o attenzione, in questo emendamento non lo trovo, “reddito”, perché

le condizioni particolarmente sfavorite sul territorio regionale se non sono legate ad una questione di reddito non fanno capire quanto è sbagliata questa scelta, perché le condizioni di sfavore, che sono legate all'ambiente, alla società ed alle condizioni di vivibilità del soggetto e del cittadino, devono essere considerate su tutte le fasce lavorative della Regione, non possiamo discriminare, capisco che ci vuole particolare attenzione per quel mondo agricolo che vive in condizioni, altrimenti se ne scende a valle, allora evitiamo che questo avvenga mettendo delle protezioni.

Guardate che le condizioni di precarietà economica e di vivibilità esistono anche nella città e forse le più nascoste sono proprio nella città, nelle pieghe, nei rioni dove ci si accorge dopo 10 giorni del decesso di un anziano, questo è il degrado socio-economico.

Allora se c'è un requisito che deve essere confermato, questo riguarda la questione economica e non per togliere un'attenzione particolare al mondo agricolo che vive in quelle condizioni, ma perché assieme a questo ce ne sono tanti altri e se non poniamo come scelta principale quella di considerare la questione economica come prioritaria, si finisce nel clientelismo.

Non penso che la proposta sia tesa a realizzare un obiettivo clientelare, ma eventualmente dovrebbe arrivare a portare la questione economica e allora pongo la questione.

Le condizioni particolarmente sfavorite sul territorio regionale e chiedo al proponente dell'emendamento ed all'assessore, che rientrino nel ragionamento delle condizioni economiche, perché questo è il requisito prioritario, il secondo riguarda le condizioni di lavoro precario oggi sono diffusissime e mi auguro siano sempre più registrate, quindi legali.

Allora se una attenzione è rivolta al mondo dell'agricoltura, altrettanta va rivolta anche al mondo del precariato, quello del lavoro saltuario e che in questo emendamento sembra escluso.

Vorrei che venisse incluso, per anteporre le condizioni di precariato, quindi le condizioni economiche di svantaggio all'altro requisito, che è quello di appartenere alla categoria dei mezzadri e coloni o che operano in un'azienda in condizioni particolarmente di sfavore.

Presidente, non so se è ancora possibile, ma dopo "mezzadri e coloni" si dovrebbe inserire "o lavoratori precari", "o lavoro precario", chi lavora ai grandi magazzini della frutta lavora tre ore al giorno quando può e quando serve e questo è precariato, supera le giornate di lavoro che sono limite per raggiungere questo obiettivo, ma siccome non rientra nella categoria di "mezzadri e coloni e coltivatori diretti", vi è escluso. Vorrei ci fosse un'affermazione forte per quanto riguarda il requisito economico più della distinzione per attività economiche, quindi mezzadrie, coloni, senza niente togliere allo stato di bisogno di questi settori della società, che sono presenti sul nostro territorio.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Klotz. Bitte, Frau Abgeordnete.

KLOTZ: Ich ersuche Landesrat Saurer, nachdem er ja den Antrag erläutert hat, noch um einige Auskünfte und zwar folgendermaßen. Es wird also einmal durch diesen Absatz 6 von den Voraussetzungen gemäß Artikel 3bis c) abgesehen, d.h. also daß in diesem Fall auch solche Antragsteller ansuchen können, die bereits eine Pflichtversicherung haben und ähnliche Vorsorgeleistungen in Anspruch nehmen können. Es wird der Passus eingefügt, der bis jetzt in Anwendung gewesen ist, daß in diese Ausnahme jene hineinfallen, die weniger als 72 Arbeitstage in einem selbständigen oder unselbständigen Arbeitsverhältnis stehen und dann wird noch abgesehen von diesen Voraussetzungen im Falle von Alleinerziehenden sowie von jenen Bauern, Halbtteilpächter, die in Betrieben tätig sind, welche sich in einer besonders ungünstigen Lage im Gebiet der Region befinden. Wieviele Antragsteller ungefähr waren es, die sich bisher das zunutze gemacht haben und wer konkret fällt hinein und was bedeutet in der Praxis weniger als 72 Tage? Gilt das dann nicht als Versicherung für das ganze Jahre oder was haben die 72 Tage hier konkret zur Folge?

PRÄSIDENT: Danke. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Saurer.

SAURER: Ich möchte noch einmal betonen, daß wir hier im Vergleich zur derzeitigen Gesetzeslage nichts ändern. Wir haben damals gemeint, daß es richtig ist, diejenigen zu berücksichtigen, die nicht mehr als 72 Tage arbeiten und die sind für 72 Tage versichert.

Wer natürlich mehr Versicherungstage hat, der muß sich die entsprechende Rechnung machen, aber wenn jemand nur etwas mehr als zwei Monate arbeitet, hat man gemeint ihn noch berücksichtigen zu müssen. Ich glaube, daß das insgesamt nicht eine schlechte Lösung ist, weil mancher oder manche gezwungen ist, zwischendurch aus verschiedenen Gründen zu arbeiten und es vielleicht zu weit ginge, sie dann auszuschließen. Das war der Kompromiß. Deshalb, auch wenn der Kollege Gasperotti von prekären Arbeitsverhältnissen redet, aber ich glaube hier wird schon angedeutet wie weit man an sich gehen kann und daß man sie in irgendeiner Weise berücksichtigen könnte. Natürlich kann man sich alles mögliche zusätzlich vorstellen, aber wir wollten die Diskussion diesbezüglich nicht eröffnen, sondern man hat gemeint, daß der damalige Kompromiß so auch gut ginge. Der Abänderungsantrag bzw. die Einfügung des entsprechenden Passus ist glaube ich notwendig. Wir glauben, daß es doch sinnvoll ist, die Alleinerzieher noch hineinzunehmen und vor allem auch die Bauernfamilien, die in Situationen und Lagen arbeitet, wo sie mehr als 35 Erschwernispunkte aufweisen und nach der neuen Höfekartei, die etwas anders aufgebaut ist, über 25 Erschwernispunkte verfügen. Hier könnten an sich ungefähr 10.000 Familien betroffen sein, aber die konkreten Ansuchen sind wesentlich niedriger, wohl aber haben diese Familien angesucht für den Beitrag für die Pensionsregelung. Ich glaube angesichts der Situationen, in denen sich heutzutage die Bergbauern befinden, ist es mehr als recht, daß wir diesen Passus wieder einführen.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Morandini. Bitte, Abgeordneter.

MORANDINI: Grazie Presidente. L'emendamento mira soltanto a riconfermare la norma in vigore, che attualmente è rappresentata dal terzo comma dell'art. 18 della legge regionale 4 del 24 maggio del 1992. Perché era nata quella norma? Sostanzialmente per farsi carico, tanto più su questo versante, sia delle famiglie al cui interno c'è un solo genitore e questo è detto chiaramente nella norma in vigore, sia nei confronti di quelle situazioni di coltivatori diretti, mezzadri e coloni che operino nelle aziende particolarmente svantaggiate del territorio regionale.

Presidente, ricordo che già allora ci fu questa preoccupazione, lo riconferma il fatto che la norma in vigore, questo dice oggi, determina equamente quali fattispecie configurino le aziende in condizioni particolarmente sfavorevoli sul territorio regionale, perché noi viviamo situazioni, sia nella provincia di Trento che di Bolzano, di un'agricoltura di montagna che, se non va aiutata in questo senso, rischia di venire meno.

Allora il compito che vorrei la Giunta sollecitamente attivasse all'indomani dell'entrata in vigore di questa legge, è quello della definizione equa di quali siano queste aziende, penso che la sollecitazione fatta dal cons. Gasperotti possa avere una sua logica, però questa evidentemente andava formalizzata con un emendamento, non so se è possibile oggi, di fronte alla semplice proposta fatta oralmente dal consigliere, soffermarsi su di essa, nel senso che ci possono essere, cons. Gasperotti, delle situazioni di lavoro precario in aggiunta a queste, su cui penso l'occasione sarebbe preziosa per poter intervenire e quindi da questo punto di vista ben venga eventualmente qualche altra situazione, che non è a conoscenza di quest'aula, ma che rappresenta le stesse condizioni di bisogno a cui la norma in vigore, che si ripristina di fatto con questo emendamento, vuole ovviare, perché penso che questa è un'occasione preziosa per andare incontro a questo tipo di situazione.

Naturalmente il nostro voto sarà favorevole all'emendamento in discussione.

PRÄSIDENT: Danke. Assessor Romano hat das Wort.

ROMANO: Grazie Presidente. Se il collega Gasperotti mi presta un attimo di attenzione, perché mi dispiace che ogni tanto dubiti del mio essere dalla parte dei lavoratori, ha posto un problema giusto, quello del lavoro precario e se ha letto bene, come sono sicuro, le ultime due righe dell'art. 6 rispondono alle sue esigenze, perché è una novità assoluta.

Oggi come oggi, se un lavoratore precario lavora oltre 72 giornate, perde tutto l'assegno, in questo caso con la nostra proposta gli è consentito di lavorare ogni mese addirittura fino a due settimane e dieci giorni, in quanto lavorando per più di due settimane non è precario, perché nel caso in cui oltre le 72 giornate lui esercita un piccolo lavoro precario, perde solo 35 mila lire per una giornata di lavoro, quindi perde solo una parte dell'assegno, non si potevano conciliare le due cose, essendo del resto giusto chiarire il termine precario.

Per cui nel mese in cui oltre le 72 giornate, che sono già 4 mesi, il lavoratore mi lavorasse un certo numero di giornate perderebbe solo una piccola parte dell'assegno. In questo modo ho cercato, più che di usare il termine generalizzato di lavoratore precario, di lavoratore che lavora un certo numero di giornate al mese, quindi credo che risponda, così come è congegnato, anche alla possibilità di fare un certo lavoro precario durante il mese, perché si perde l'assegno solo limitatamente a quel mese.

Faccio un esempio. Nel caso in cui un lavoratore lavorasse 26 giornate in un mese perderebbe solo quel mese, ma il mese dopo riacquisterebbe l'assegno di maternità.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen ist der Antrag angenommen und die Beschlußfähigkeit ist gegeben.

Jetzt kommen wir zurück zur Seite 16bis. Dazu ist verteilt worden der Abänderungsantrag Morandini Prot. Nr. 10963. Ich würde sagen, nachdem ich formal zuerst über den Aufhebungsartikel abstimmen lassen muß, reden wir gleichzeitig auch über das, was dem Abgeordneten Morandini im Rahmen dieses Aufhebungsartikel auf dem Herzen liegt. Formal müssen wir aber über den Aufhebungsartikel von Assessor Romano reden. Wer meldet sich zu Wort?

Abgeordneter Morandini, Sie haben das Wort.

MORANDINI: Grazie Presidente. Signori consiglieri, questa mattina l'aula, a nostro avviso, ha perso una grande occasione con riferimento alla votazione, che si è tenuta su analogo emendamento, relativo invece all'assegno di natalità per andare incontro ad una serie di situazioni che si verificano sempre più frequentemente, che sono le situazioni di gravidanza imprevista, che spesso creano problemi di vario tipo, come è evidente e grossi disagi nelle famiglie.

Allora la proposta emendativa che ho fatto al Consiglio e che è stata finalmente distribuita, cerca di recuperare, almeno sull'istituto dell'assegno di cura, quanto oggi non è stato possibile cogliere, nel senso di andare incontro a queste situazioni, attraverso l'assegno di natalità

Mi spiego. Qualora si tratti di una gravidanza imprevista, per la quale quindi, proprio perché imprevista, la persona interessata non ha adempiuto al versamento e all'iscrizione all'assicurazione regionale, è previsto con questo emendamento che le sia, ciò nonostante, corrisposto l'assegno di cura, almeno dal momento in cui ha maturato questo tipo di diritto, quindi in cui presa coscienza della sua imprevista gravidanza sia iscritta e quindi abbia provveduto al relativo versamento.

Perché dico questo, signori colleghi? Perché diversamente la situazione, ancora una volta, andrebbe a penalizzare le persone più sprovviste, non solo, ma porto dati che oggi le realtà sul volontariato, che lavorano in questo settore, a livello nazionale stanno portando ormai da tempo, anche in convegni; sono in grado di produrre dati, se

volete, che indicano che ancor oggi circa metà degli aborti avvengono ancora per ragioni finanziarie. Allora si dia la possibilità almeno di andare incontro ad alcune di queste situazioni, per ovviare a queste realtà di non accoglienza, tante volte quando una donna, di fronte ad una gravidanza imprevista ha saputo di questi istituti, ha deciso di accogliere la vita e quindi suo figlio, si dia pertanto la possibilità almeno di andare incontro a queste situazioni.

Non è stato possibile, per la votazione di questa mattina della maggioranza del Consiglio, attraverso l'istituto principale, lo si faccia almeno attraverso l'istituto dell'assegno di cura, quindi l'emendamento tende a proporre questo tipo di intervento.

Ringrazio i consiglieri che l'hanno sottoscritto e cioè i cons. Panizza, Delladio, Leitner, Bolzonello, Minniti, Benussi, Klotz, Benedikter, Conci e Ianieri.

Grazie, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Panizza hat das Wort.

PANIZZA: Chiedo la votazione a scrutinio segreto.

PRÄSIDENT: Geheimabstimmung. Wer schließt sich dem Antrag an? Danke, es wird über den Aufhebungsantrag Romano geheim abgestimmt. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	54
schede favorevoli	31
schede contrarie	21
schede bianche	2

Il Consiglio approva.

L'emendamento a firma del cons. Morandini decade, perché alternativo all'altro.

Passiamo al prossimo emendamento, che reca il n. 19, primo firmatario il cons. Pinter, che recita: Alla lettera l) della nuova formulazione proposta per il comma 1, al comma 1 della nuova formulazione dell'articolo 22 della legge regionale 4/1992, le parole "entro i termini e" sono sostituite dalle parole "mensilmente".

Prego dare lettura nel testo tedesco.

DENICOLO': Antrag auf Abänderung des von Assessor Romano eingebrachten Änderungsantrags zu Art. 1

Im Buchstaben l) der neuen für Absatz 1 vorgeschlagenen Formulierung werden im Absatz 1 der neuen Formulierung des Art. 22 des RG Nr. 4/1992 die Worte „innerhalb der Frist und“ durch das Wort „monatlich“ ersetzt.

PRESIDENTE: La parola al collega Pinter.

PINTER: Grazie. Lo scopo di questo emendamento è sottolineare, a mio modo di vedere, una sorta di contraddizione, poi comprendo benissimo le ragioni del Presidente, dell'assessore competente che per snellezza burocratica, per efficacia, ha previsto di riconoscere una determinata modalità all'interno della legge, però a me sembrava il caso di sottolineare come l'assegno dovrebbe, se risponde ad una situazione di bisogno, vada riconosciuto mensilmente. Comprendo le difficoltà di riconoscerlo con tale puntualità, però se effettivamente questi interventi rispondessero a situazioni di reale bisogno, ci vorrebbe una maggiore tempestività nell'erogazione dell'assegno.

Lo pongo solo in questi termini, assessore, nel senso che c'è una contraddizione implicita tra il dire da una parte che rispondiamo a situazioni di bisogno, mentre dall'altra paghiamo con comodo, se ci fosse un fortissimo bisogno si dovrebbe essere più puntuali nell'erogazione dell'assegno, dopo di che mi rimetto alle valutazioni dell'assessore.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich nehme Stellung zu einer anderen Bestimmung, die da in diesem Artikel 22 enthalten ist. Dort heißt es, daß diese Zulage innerhalb der Fristen und nach den Modalitäten gewährt wird, die durch Landesdurchführungsverordnungen bestimmt werden. Ich habe in meinem Minderheitenbericht schon gesagt, daß diese Bestimmung verfassungswidrig ist.

Man braucht da eigentlich kein Jurist zu sein, denn der Artikel 44 des Autonomiestatutes sagt, der Regionalausschuß ist das Vollzugsorgan der Region und ihm obliegen die Beschlußfassung über die Durchführungsverordnungen zu den vom Regionalrat verabschiedeten Gesetzen. Der Artikel 18 sagt, daß in der Regel die Region die Verwaltungsbefugnisse ausübt, indem sie diese den Provinzen, den Gemeinden und anderen örtlichen Körperschaften überträgt oder sich deren Ämter bedient. Die Region kann also die Verwaltungsbefugnisse übertragen auf die Provinzen, was hier auch der Fall ist, aber die Durchführungsverordnung zum Gesetz muß der Regionalausschuß beschließen.

Wenn es einen Rechtsstaat gibt in Italien und wenn die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, des Autonomiestatutes, eingehalten werden müssen und es nicht vom Regionalrat oder von der Regierung in Rom abhängt, ob sie eingehalten werden müssen oder nicht, dann muß schon deswegen das ganze Gesetz rückverwiesen werden,

weil zum Regionalgesetz, das hier verabschiedet wird, ganz gleich ob es dann hauptsächlich Dinge behandelt, die eigentlich in die Zuständigkeit der Länder, der Provinzen, fallen, die Provinzen nicht dazu Durchführungsverordnungen erlassen können, sondern diese Durchführungsverordnungen müssen eben von der Region erlassen werden.

Der Regionalrat kann auf die Provinzen die Verwaltungszuständigkeiten übertragen, das steht im Artikel 18. Im Artikel 18 wird auch gesagt, daß in der Regel die Region die Verwaltungsbefugnisse ausübt, indem sie diese den Provinzen, den Gemeinden und anderen örtlichen Körperschaften überträgt oder sich deren Ämter bedient. Die Beschlußfassung über Durchführungsverordnungen ist keine Verwaltungsbefugnis, sondern etwas anderes. Durchführungsverordnungen zu den vom Regionalrat verabschiedeten Gesetzen ist Sache des Regionalausschusses aufgrund des Artikels 44, Nr. 1 des Autonomiestatutes.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, prego.

MORANDINI: Grazie signor Presidente. La proposta emendativa del cons. Pinter penso che potrebbe avere una sua ragionevolezza, vorrei solamente sapere se questa eventuale corresponsione mensile crea, come a mio avviso è destinata a creare, dei problemi di rallentamento dal punto di vista del disbrigo delle pratiche, quindi procedimentale e burocratico.

Allora se così fosse rischieremo di raggiungere l'effetto opposto, cons. Pinter, nel senso che erogando mensilmente si rischierebbe poi di far pervenire concretamente il quantum previsto, più in ritardo di quanto non sia avvenuto fino ad oggi, dove la erogazione è bimestrale. Allora lascerei al regolamento previsto nella legge la determinazione di volta in volta di termini, chiaramente il regolamento fisserebbe ragionevolmente dentro la scadenza e la periodicità temporale che più si confà alle esigenze degli uffici e quindi anche alle esigenze del cittadino per essere il più possibili solleciti.

Quindi a seconda di quanto sento adesso rispondere dalla Giunta, ma sinora l'attuazione di queste leggi ha dimostrato questo, cioè che la erogazione bimestrale si rivela tempestiva e quindi soddisfattoria per il cittadino, se non viene smentito questo tipo di modalità e di prassi allora dico subito che non sono favorevole all'emendamento.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Il collega Morandini mi ha tolto le parole di bocca, perché stavo per dire la stessa cosa, attualmente la erogazione è bimestrale e non ha comportato problemi. Noi perché vogliamo aprire una porta ed uno spiraglio lasciando al regolamento questa possibilità? Perché un regolamento è sempre modificabile, perché è un atto amministrativo, con una legge è difficile, ecco perché non ritengo che una legge possa puntualizzare aspetti organizzativi, perché nel momento in cui avessimo dei problemi di questo tipo, la legge andrebbe cambiata con tutte le conseguenze del caso.

Per quanto riguarda il collega Benedikter sul discorso dei regolamenti e della costituzionalità osservo solo una cosa, che non è la prima volta che una parte di procedura amministrativa viene demandata al regolamento e quando parliamo di regolamenti provinciali, diciamo anche: ‘nel rispetto di quanto stabilito dall’art. 3/quater’, il quale parla di regolamento, però di attuazione di un regolamento regionale di coordinamento, che è alla base di tutto. Quindi fondamentale è il regolamento regionale, al quale per pure esigenze amministrative e di attuazione potranno rifarsi ai regolamenti provinciali, ma il regolamento sarà regionale e non potrà essere disatteso dai regolamenti provinciali e quindi lo statuto è salvato sotto questo aspetto e questa è una cosa già accaduta.

Quindi la fonte primaria dei regolamenti provinciali sarà il regolamento regionale. Per concludere siamo contrari all’emendamento Pinter, chiaramente.

PRESIDENTE: E’ stata chiesta la votazione dell’emendamento con verifica del numero legale.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 1 voto favorevole, 28 voti contrari e 10 voti di astensione, il Consiglio non approva.

Passiamo all’emendamento, prot. n. 10725, a firma dei cons. Alessandrini, Chiodi, Leveghi ed altri, che recita: dopo la lettera l) è aggiunta la seguente:

l bis) dopo l’art. 22 è inserito il seguente articolo:

“Art. 22 bis

(Interventi per la parificazione dei trattamenti in materia di tutela della maternità e della paternità)

1. Ai fini di parificare le condizioni in materia di trattamenti legati alla maternità e alla paternità dei lavoratori del settore privato con quelli del settore pubblico, sono corrisposte alle aziende private, anche tramite convenzioni con gli istituti previdenziali, le risorse necessarie a coprire gli oneri derivanti dall’applicazione a favore dei propri dipendenti dei trattamenti goduti dalle lavoratrice e dai lavoratori delle amministrazioni provinciali.

2. Tali trattamenti devono essere previsti dai contratti collettivi di lavoro.

3. I benefici previsti dal presente articolo sono incompatibili con quelli previsti dagli articoli precedenti del presente titolo”.

DENICOLO: Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu Art. 1

Nach Buchstabe l) wird der nachstehend angeführte Buchstabe eingefügt:

„l bis). Nach Artikel 22 wird der nachstehend angeführte Artikel eingefügt:

Art. 22 bis

(Maßnahmen zur Anpassung der Leistungen auf dem Sachgebiet des Schutzes der Mutter- und Vaterschaft)

1. Um die für die Bediensteten der Privatwirtschaft auf dem Sachgebiet der mit der Mutter- und Vaterschaft verbundenen Leistungen geltenden Bedingungen an jene anzupassen, die für die Bediensteten des öffentlichen Bereichs gelten, werden den Privatbetrieben, auch mittels Abkommen mit den Vorsorgeinstituten, die Mittel ausbezahlt, die notwendig sind, um die Kosten zu decken, die sich dadurch ergeben, daß man den eigenen Bediensteten jene Behandlung zukommen läßt, die die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Landesverwaltungen erhalten.

2. Genannte Leistungen müssen vor den Arbeitskollektivverträgen vorgesehen sein.

3. Die in diesem Artikel angeführten Vergünstigungen sind mit jenen unvereinbar, die in den vorhergehenden Artikeln dieses Kapitels angeführt sind.

PRESIDENTE: La parola al cons. Alessandrini, per l'illustrazione.

ALESSANDRINI: Mi pare che dalla lettura dell'articolo appaiano in forma evidente gli scopi e le finalità di questa proposta. Abbiamo detto in più occasioni che con le competenze in capo alla Regione, in materia di previdenza, potevamo costruire un sistema moderno di sicurezza sociale, improntato in sostanza su due assi, un sistema assicurativo moderno, capace di garantire di fronte ai rischi che corrono i nostri concittadini, soprattutto in presenza dell'innalzamento dell'età media della vita e quindi al crescere della popolazione anziana sull'intera popolazione.

Questa dinamica demografica comporterà di affrontare il problema delle persone anziane in termini che oggi probabilmente appaiono ancora in maniera non precisa e quindi a parere nostro dovevamo utilizzare questa potestà legislativa regionale in materia di previdenza per la costruzione di un modello di sicurezza sociale nelle forme della cosiddetta "Pflegericherung" applicata in Germania.

Il secondo asse con il quale pensavamo di poter innovare in questo campo, era quello di creare una grande operazione di equità fra i lavoratori del settore pubblico e quelli del settore privato; sappiamo che nel settore pubblico vi sono diverse forme di tutela della maternità e della paternità, perché alcuni benefici che nel passato erano riservati solo alle donne, per le rivendicazioni della componente femminile della società sono state poi poste in capo anche alle persone di genere maschile.

Quindi nella legislazione delle province, in particolare, ma in generale in tutte le amministrazioni pubbliche, vi sono delle forme di tutela della paternità e della responsabilità che sono ben lungi dall'essere nemmeno forme parziali godute dai lavoratori e dalle lavoratrici in particolare del settore privato.

Quindi abbiamo ipotizzato con questo articolo, mi rendo conto che le forme e la stesura poteva essere anche diversa, abbiamo proposto che si avvii questa opera di grande equità sociale nel campo del lavoro dipendente. Non è possibile che i lavoratori delle amministrazioni provinciali godano di certi benefici, in presenza di maternità e

paternità e questi stessi benefici non siano nemmeno goduti in forme blande dai lavoratori del settore privato.

Quindi ipotizziamo che vi siano delle risorse che la Regione mette a disposizione delle aziende, perché attraverso necessari accordi sindacali benefici che oggi sono in vigore per i lavoratori del settore pubblico possano essere goduti anche dai lavoratori del settore privato, chiaramente con oneri che poi dovevano essere coperti, secondo questa previsione, dalle risorse della nostra Regione.

Se avessimo potuto incardinare le trasformazioni e le innovazioni del pacchetto sociale su queste due forme specifiche che qui ripeto, una forma moderna di assistenza e tutela delle persone anziane e un'operazione di equità sociale a favore del lavoro dipendente, avremo certamente creato una condizione di più alta civiltà sociale nella nostra Regione, con benefici che potevano chiaramente intervenire a favore dell'insieme delle nostre popolazioni, sia in provincia di Trento che in provincia di Bolzano.

Mi rendo conto che la formulazione poteva essere diversa, però vi sono già in questa formulazione tutte le condizioni perché questa proposta possa enuclearsi in forme sia sindacalmente compatibili, perché sono previste delle necessarie intese sindacali a livello di azienda e poi l'erogazione attraverso convenzioni con istituti sociali nella forma della compensazione di debiti e crediti nei confronti degli istituti previdenziali. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Leider hat der Kollege Alessandrini nur fünf Minuten Zeit gehabt, denn ich hätte mir erwartet, daß er mir die rechtliche Grundlage erläutert, denn hier käme heraus, daß den Bediensteten der Privatbetriebe Mittel von der Region ausgezahlt werden, die notwendig sind, um die Kosten zu decken, die sich dadurch ergeben, daß man den eigenen Bediensteten jene Behandlung zukommen läßt, die die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Landesverwaltung erhalten.

Das ist ein revolutionärer Vorschlag und Abgeordneter Morandini hat Bezug genommen auf die Pflegeversicherung in Deutschland und ich wäre dankbar, wenn mir das jemand erklären könnte, wie man das aufgrund der Zuständigkeit der ergänzenden Vorsorge rechtfertigen kann? Wir wissen genau, daß aufgrund des Gesetzes 421 vom 23. Oktober 1992 Grundsätze eingeführt worden sind, die nicht nur die Freiwilligkeit und die Erhöhung der Altersgrenze auf 60 bzw. 65 Jahre vorsehen und daß 20 Jahre Beitragspflicht bestehen muß, sondern auch das sogenannte Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Versicherungsleistungen gegeben sein muß, Beiträge, die nicht von seiten der öffentlichen Hand, sondern vom Versicherten eingezahlt werden.

Ich möchte bitten, daß man näher erläutert, wie man diese Bestimmung, die wenn sie durchginge gut wäre, aufgrund der ergänzenden Zuständigkeit der Region für die Vorsorge - die sich ausdrücklich an diese Reformgrundsätze halten muß - rechtfertigt. Ich muß dabei sagen, daß das gesamte Gesetz mit Ergänzungsvorsorge nicht viel zu tun hat, weil es zu 90% angewiesen ist auf Fürsorgeleistungen, bei denen die

Provinzen zuständig sind. Das betrifft aber das ganze Gesetz. Wie will man aufgrund unserer Zuständigkeit diese Art von Ergänzungsvorsorge verfassungsrechtlich rechtfertigen? Ich möchte dafür stimmen, aber man müßte schon auch Rom gegenüber an Hand dessen was die Bicamerale vorschlägt, eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung finden und nicht nur den Standpunkt vertreten, daß das gerecht wäre, sondern auch wie wir das als Vorsorgeleistung und aufgrund der Grundsätze der Vorsorgeleistungen als Sozialversicherung rechtfertigen können.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Saurer, ne ha la facoltà.

SAURER: Ich glaube, daß vom Grundsatz her dieses Anliegen gerechtfertigt ist. Ich weise darauf hin, daß in der Bundesrepublik Deutschland Tarifabkommen getroffen worden sind, die Maßnahmen dieser Art aufgenommen haben und es geht ja darum, vor allem den Frauen und denjenigen, die aus Familiengründen zeitweilig ausscheiden, den Arbeitsplatz zu sichern und insofern die Maßnahmen, die für den öffentlichen Bereich angewendet worden sind, auch im privaten Bereich einzuführen und es ist von daher sicher ein Standbein für ein modernes Familienpaketes, das man früher oder später wird einführen müssen.

Die Frage ist nur, wie die konkrete Ausformung gemacht wird, wie das Ganze gerechtfertigt wird. Ich glaube es muß im Sinne einer Vorsorge, wenn man es im Bereich der Vorsorge ansiedelt, dann auch geregelt werden. Es wird hier ein Grundsatz festgelegt, der wie gesagt verschiedene Ausformungen haben kann. Es ist noch sehr vieles im Ungewissen und wir sind auch bei der Pflegeversicherung an Grenzen angelangt, die objektiv da sind und wo wir nicht genau wissen, welche die konkreten Anwendungsmöglichkeiten dann sind und wie das Ganze vom finanziellen und ordnungspolitischen her zu regeln ist. Dies ist auch ein Bereich, den wir uns - glaube ich - aufmerken müssen. Soweit es unsere Fraktion betrifft, glauben wir, daß hier noch Dinge überlegt werden müssen und das Anliegen ist, wie gesagt, ein wichtiges und richtiges. In anderen europäischen Staaten hat dieses Anliegen auch schon eine bestimmte Ausformung erfahren.

Angesichts einer bestimmten Unsicherheit und Ungewißheit überhaupt, daß hier das Plazet auch von seiten der Regierung kommt, würden wir ersuchen, daß man etwas zuwartet und dieses Problem auf der Tagesordnung behält und vielleicht im Rahmen der nächsten Legislatur die ganze Frage nochmals zur Behandlung vorstellt oder einbringt.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, prego.

MORANDINI: Grazie Presidente. Signori consiglieri, per dire che condivido lo spirito e le finalità di questo emendamento. Ricordo come in più occasioni, sia in questa, ma soprattutto nella precedente legislatura, sono intervenuto sia in Consiglio provinciale che regionale, affinché per la nostra parte di competenze - su questo vorrei subito porre una questione alla Giunta, ma in generale ai colleghi - la Regione per quanto può, ma

penso che qui si tratti in particolare di competenza dello Stato, intervenga per equiparare il più possibile la disciplina giuridica ed economica, dal punto di vista in modo particolare previdenziale, fra il rapporto di diritto privato ed il rapporto di pubblico impiego, che differenzia oggi i dipendenti del comparto privato da quello pubblico.

Per quanto riguarda il contenuto, ho solamente una perplessità da esprimere e cioè non so se può rientrare questa possibilità, che è prevista nell'articolo in discussione, nella competenza regionale.

Per quanto riguarda il contenuto poi del secondo comma, probabilmente si tratta di una norma inutile, pleonastica, perché, se non vado errato, questa competenza è riservata alla contrattazione collettiva e non è necessario che l'intervento con la trattazione collettiva sia previsto in norma legislativa.

Chiederei poi al proponente di illustrare la portata del comma 3 di questo articolo, perché non ho capito il contenuto ed il significato, se ho letto bene, probabilmente c'è qualcosa che mi sfugge, che questo comma 3 vuole sottoporre all'attenzione dell'aula.

Colgo l'occasione, signor Presidente, per ribadire che la "Pflegeversicherung" e quindi tutto quello che essa comporta nei confronti dei soggetti non autosufficienti, resta un istituto assolutamente urgente, sono sempre di più oggi, non solamente nelle case di riposo, ma in modo particolare lì, le persone non autosufficienti per il moltiplicarsi, il venire avanti a dismisura di morbi sempre più diffusi, come il morbo di Alzheimer, quello di Parkinson eccetera, per cui è urgentissimo provvedere in questa direzione, sia perché le patologie sono sotto gli occhi di tutti e sono sempre più diffuse, sia perché ormai siamo anche qui in ritardo con l'Europa, gran parte dei paesi d'Europa hanno già previsto questo tipo di interventi, per cui avendone oggi le possibilità finanziarie sarebbe davvero un peccato perdere questa occasione. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire, per la seconda volta, il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Soeben hat der Abgeordnete gesagt: „siamo in ritardo con l'Europa“. Die Pflegeversicherung wird allgemein als etwas herrliches hingestellt, wo uns andere Staaten voraus sind. Der Abgeordnete Saurer hat gesagt, nicht jetzt beschließen, sondern in der nächsten Legislaturperiode.

Ich gehe davon aus, daß das Autonomiestatut bleibt, obwohl es nicht mit dem übereinstimmt was die Bicamerale vorgesehen hat. Vorausgesetzt es bleibt bei diesem Autonomiestatut und es bleibt bei dieser Zuständigkeit und wenn dem so ist, daß wir in der nächsten Legislaturperiode dasselbe beschließen könnten, dann verstehe ich nicht warum wir es nicht jetzt wagen zu tun, wenn es in den Rahmen dieser Zuständigkeit hineinpaßt. Ich habe wie gesagt Zweifel geäußert, daß das gesamte Gesetzeswerk nicht mehr hineinpaßt in die Zuständigkeit der Ergänzungsvorsorge. Wenn die anderen Dinge aber so durchgehen, dann kann das auch durchgehen und warum beschließen wir es jetzt, wenn es dem Begriff der Pflegeversicherung entspricht, wo man also sagt Deutschland ist da mit gutem Beispiel vorangegangen. Danke.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Molto brevemente per dire che non c'è ombra di dubbio che questo emendamento, proposto dal collega Alessandrini, pone un punto molto importante nella discussione che stiamo sviluppando. Sapete benissimo la prima legge, chiamata impropriamente pacchetto famiglia, è una legge del 1992, che ha potuto operare, per certi versi anche male, cioè non c'è stata quella risposta che tutti si aspettavano, anche se mi rendo conto che abbiamo agito nel 1992 in un passaggio estremamente delicato, perché stavamo andando ad inventare tutta una serie di interventi che non conoscevano altre esperienze nel nostro territorio.

Capisco che è stato un passaggio difficile, è stato anche un momento di confronto e di scontro.

A distanza di anni credo che avremo dovuto, con l'esperienza fatta, avere molto più coraggio nelle proposte che adesso andiamo a concretizzare, perché per certi versi non facciamo altro che aumentare in denaro i benefici, il che esula dal mio modo di pensare e di agire, mentre altri interventi importanti, come quello dell'assicurazione dei non autosufficienti, avrebbero comportato un passaggio estremamente importante ed interessante, sperimentato già da altri stati in Europa, interventi che già esistono, mentre noi ci siamo persi a beneficiare la maternità e voglio vedere quando questa legge uscirà a chi andremo a dare questo denaro, non abbiamo avuto il coraggio di prevedere cose più moderne che la revisione di questa legge ci permetteva.

La discussione sull'assistenza e previdenza è una discussione molto ampia e difficile, pertanto è vero che discutendo la prima legge nel 1992, molti degli interventi previsti riguardavano più che altro l'assistenza e non anche la previdenza, ma ciò nonostante la legge è passata.

Al di là di tutto voglio dire che alcuni interventi, che sono stati sollecitati in quest'aula, sarebbero interventi che servono; alcune di queste "modernità" varrebbe la pena che le affrontassimo, altrimenti ci limitiamo a dare più soldi alle donne che aspettano bambini, più soldi al terzo figlio attraverso gli assegni familiari, ma vi assicuro che ci sono poche copie che hanno tre figli, poi vedremo anche i risultati, abbiamo comunque perso un'occasione per compiere un notevole passo avanti.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola al cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. le affermazioni di principio contenute in questo emendamento sono sì un riportare a livello di eguaglianza diversi settori di attività, quelle gestite dall'ente pubblico e dal privato, economicamente privato, ma ricordo che quest'aula, nel legiferare la modifica all'istituzione delle IPAB, delegava alle province la costituzione di un fondo straordinario per la gestione e la contribuzione del personale in maternità. Le due province, quella di Bolzano e quella di Trento, non hanno tuttora costituito questo fondo, se vi ricordate si parlava di sollevare le aziende IPAB da costi

vivi per garantire la maternità ai rispettivi dipendenti, questo fondo è rimasto nell'enunciazione di quest'aula, è entrato in legge, ma sono rimasti lettera morta.

Le enunciazioni di principio sono sì necessarie, però ci vorrebbe anche coerenza politica da parte di chi governa e trasformare queste enunciazioni in operazioni che sono esecutive e rispondenti alle volontà.

Su questa legge ero già intervenuto all'inizio dicendo che non si può stravolgere o modificare un sistema assistenziale, un sistema previdenziale legato ad una sussidiarietà di tipo nazionale, quindi con un territorio che comprende la nazione e far diventare questo un argomento volto più a salvaguardare privilegi, che a riportare un discorso di solidarietà.

Allora ci saranno le Regioni che hanno maggiori disponibilità economiche, che danno risposte di un certo tipo e quelle meno ricche che non potranno intervenire nel merito. Questa è la sussidiarietà legata ai piccoli territori e che non dà risposta.

Mi auguro che questa Europa, ci sarà fra poco un organismo internazionale, diventi un organismo politico e che risolva anche questi problemi, che porti un'uguaglianza e sussidiarietà all'interno di un territorio più vasto, perché più piccoli si è, più facile è difendere privilegi e vedere meno le necessità ed i bisogni più imminenti della popolazione. Dicevo che l'Europa dovrebbe dare una risposta complessiva a questo, ma gli obiettivi di Maastricht non sono rivolti al sociale, ma piuttosto all'economico, danno una risposta di tipo economico monetario e non un minimo comune denominatore rispetto al diritto dello stato sociale o quanto è connesso.

Non saremo nelle condizioni più ricche di altri paesi, ma certo la nostra costituzione ha dei principi fondamentali invidiati da altri Stati. Ecco perché ritengo sia necessario continuare quell'operazione che è visitare il mondo legato all'assistenza ed alla solidarietà e non lasciarlo gestire da qualche desiderio di privilegio.

I propositi contenuti in questo emendamento sono migliorativi rispetto alle attuali normative, quindi vanno sostenuti. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, prego.

ZENDRON: Presidente, faccio un breve intervento, perché questo è uno dei punti su cui ho concentrato l'attenzione e le mie considerazioni, inserite nella mia relazione di minoranza, quando discutono la legge in Consiglio, la considerazione è la seguente: Essendo la nostra una previdenza integrativa, a mio parere uno dei primi settori che sarebbero dovuti essere oggetto di intervento era quello di integrare, in maniera da parificare il trattamento di tutte le persone all'interno della Provincia. Una delle cose più ingiuste è il fatto che i trattamenti di maternità sono differenziati per le dipendenti del pubblico impiego e del settore privato.

Ricordo che già allora questa fu una delle motivazioni per le quali il mio gruppo e quasi tutte le donne presenti in questo Consiglio votarono contro quella legge, perché ci era sembrato che gli interventi della Regione cercassero di andare a pescare di qua e di là più in settori dove poteva esercitarsi un certo uso di propaganda elettorale,

piuttosto che non a rendere uguali quei trattamenti che sono effettivamente ingiusti nella loro diversità.

Quindi questo emendamento cerca di intervenire su una questione effettivamente fondamentale. Penso che così come formulato, avevo espresso anche le mie perplessità al proponente; perché se vi ponete per quale ragione una dipendente del settore privato deve avere solamente l'80% del trattamento, invece nel settore pubblico il 100% è una cosa che già di per sé richiama una profonda ingiustizia, che riguarda più in generale i trattamenti che ci sono all'interno dello Stato italiano.

Detto questo e fatto anche presente che forse questa formulazione non è ideale, ma ritengo sia opportuno votarla ed approvarla, perché almeno in qualche modo viene segnalato che certe volte la distribuzione di tanti soldi provoca ingiustizie.

Quindi diciamo sì a questo emendamento, anche se non si riesce ad intervenire in modo rapido, efficace, diretto su una questione fondamentale, che è irrisolta, aperta, denunciata e ben descritta già da molti anni e che dimostra come la novella di questa legge, questa serie di interventi innovativi in realtà lasciano intatto un impianto che è profondamente insoddisfacente.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Klotz, prego.

KLOTZ: Ich sehe auch, daß es sich um einen Antrag mit großer Tragweite handelt, denn es geht hier um die Ausdehnung dieser Leistungen auf die Bediensteten der Privatwirtschaft und ich denke die Grundlage unserer sozialen Gesetze muß eigentlich die soziale Gerechtigkeit sein.

Nach meinem Kenntnisstand halte ich diesen Antrag im Sinne der sozialen Gerechtigkeit für angebracht. Ich weiß nicht, ob es diesbezüglich wichtige Begründungen gibt, die irgendwie in diesem Sinne darlegen oder rechtfertigen, daß die soziale Gerechtigkeit davon nicht berührt wird. Es könnte ja sein, daß es in anderen Bestimmungen Begünstigungen irgendwelcher Art gibt, aber dann muß meines Erachtens auch insgesamt eine Art Angleichung der Regelungen erfolgen, denn wenn schon sollten alle Einkommensschichten, alle Kategorien der arbeitenden Bevölkerung, Nutznießer dieser Regelung sein und dahinein fallen, selbstverständlich auch die Bediensteten der Privatwirtschaft. Warum sollten die Bediensteten der Privatwirtschaft ausgeklammert sein? Nach meinem Verständnis geht es hier um ein Stück soziale Gerechtigkeit und deshalb würde ich den Antrag mitunterstützen.

PRESIDENTE: La parola al collega Alessandrini.

ALESSANDRINI: Per certi aspetti devo esprimere la soddisfazione, perché ho sentito parole di apprezzamento per questa proposta, se non altro per le finalità ed i principi che questa proposta sorreggono.

Credo che con un po' più di coraggio, collega Saurer, potevamo dedicare la nostra attenzione a questo tema e trovare le soluzioni da subito per questa opera di grande equità sociale a favore del lavoro dipendente. Qui si pensa di costruire

condizioni di equità, se non altro rispetto ai problemi della maternità e della paternità. Quindi le pensioni, altri trattamenti chiaramente permarranno anche differenziati, ma sotto il profilo degli strumenti a tutela della paternità e della maternità, credo che con un po' più di coraggio potevamo creare queste condizioni. Non si comprende perché nel settore pubblico vi siano congedi prolungati in caso di maternità, godibili sia dal padre che dalla madre, in parte retribuiti, in parte non retribuiti, con garanzia del mantenimento del posto di lavoro e quindi con condizioni rispetto alle quali gli assegni previsti da questa legge sono veramente delle regalie che non risolvono alla radice il problema.

Quindi questa proposta si proponeva anche una sorta di rivendicazione in alto di un sistema di sostegno alla maternità ed alla paternità, come si è realizzato spesso nelle amministrazioni pubbliche.

Sono debitore di qualche spiegazione al collega Morandini. Il comma 2 è necessario, non possiamo applicare norme contrattuali che valgono per i lavoratori del settore pubblico, applicarli per forza di legge alle aziende private. Le aziende private, se vogliono, li applicano con contratti di lavoro, dopo di che gli oneri relativi sono coperti dalle risorse della Provincia, ma è chiaro che la libera contrattazione delle parti è un requisito essenziale per poter applicare norme che hanno una valenza contrattuale, come applicare per via di legge le 35 ore, è meglio invece rispettare, quella delle ore poteva avere qualche giustificazione, ma in questo campo è necessario pensare che istituti che valgono per i lavoratori privati non possono che essere recepiti attraverso accordi sindacali, è chiaro che questi accordi costano, si sottoscrivono, se c'è la garanzia che la Regione possa intervenire.

L'incompatibilità mi pare francamente facilmente sostenibile, perché non possiamo pensare che c'è un congedo parentale retribuito ed insieme avere l'assegno di cura, o uno o l'altro.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Grazie Presidente. Non discuto, collega Alessandrini, sulla bontà e sulla necessità di pervenire a questi adeguamenti, a queste equiparazioni, su questo credo che tutti gli altri colleghi sono stati ben chiari. Noi stiamo parlando di una legge in materia di previdenza integrativa, che dovrà andare a Roma, dovrà fare la sua trafila, dovrà essere approvata.

Leggo qui che la norma recita: "sono corrisponde alle aziende private le risorse necessarie a coprire gli oneri...", questa dicitura è generica, non può assolutamente essere formulata in questo modo, perché la Regione non può assicurare la copertura necessaria, dare dei soldi alle aziende per prevenire a queste equiparazioni mediante i contratti collettivi. La Regione fa delle norme in materia di previdenza, non potremo mai formulare un articolo di legge in cui affermiamo: diamo dei soldi alle aziende per queste equiparazioni.

Il concetto mi trova pienamente d'accordo, ma una norma regionale che dica: diamo soldi alle aziende per queste equiparazioni, verrebbe tranquillamente

bocciata e non possiamo mettere a rischio l'intera legge, buona o cattiva che sia, con le mance o meno, per una questione che non è stata articolata come si dovrebbe, troviamo un'altra soluzione in qualsiasi altro momento, ma non possiamo con questo articolo pregiudicare tutta la legge.

Per cui ritengo di dover essere contrario.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione a scrutinio segreto dell'emendamento a firma del cons. Alessandrini ed altri, prot. n. 10725.

Prego distribuire le schede per la votazione .

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	45
schede favorevoli	14
schede contrarie	27
schede bianche	4

Il Consiglio non approva.

Vengono sospesi alcuni emendamenti, perché se votato l'emendamento principale della Giunta decadono.

Essendo le ore 18.00 chiudo i lavori. Il Consiglio è convocato per domani mattina, ad ore 10.00.

Buon rientro a casa.

La seduta è tolta.

(ore 18.00)

INDICE

Disegno di legge n. 63:

Modifiche ed integrazioni alle leggi regionali concernenti interventi di previdenza integrativa e di assicurazione sociale, nonché nuovi interventi in materia (presentato dai consiglieri regionali Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò e Frasnelli)

pag. 4

Interrogazioni e interpellanze

pag. 59

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 63:

Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen betreffend Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge und Sozialversicherung sowie neue Maßnahmen in diesem Sachbereich (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò und Frasnelli)

Seite 4

Anfragen und Interpellationen

Seite 59

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

ROMANO Francesco <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	pag.	5-17-19-23-24-28-33-35-38-44-48-57
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	5-9-17-47-51-53
MORANDINI Pino <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	6-10-19-21-25-27-37-38-40-43-45-48-53
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	7-21-25-27-32-36-42-56
CONCI-VICINI Paola <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	7-11-23
SAURER Otto <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	8-41-43-52
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	9-15-29-34-36-41
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	12
VECLI Gianpietro <i>(Gruppo Italia Federale)</i>	"	13
ALESSANDRINI Carlo <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	14-50-57
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	15
ACHMÜLLER Erich <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	16-26
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	20-26-30-37-55
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	23-24-30-35-39-47
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	31-41-55

PANIZZA Luigi <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	pag.	38-46
CHIODI-WINKLER Wanda <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	54